clc 96000409 (cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 796 3	215	70	DD261 (1950-1960) no. 1-70
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 797 5	216	48	DD261-DD261.A1
	217	—	Missing
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 798 7	218 A	72	DD261-DD261.4.G4
	218 B	22	no. 73-95
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 799 9	219A	100	no. 1-100 DD261.4.29 (1945-1951)
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 800 1	219B	120	no. 101-230 DD261.4.29 (1951-1955)
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 801 3			

X-DD261
.4
.29

#1

3 = OCT 25
Copy 1955

Das darf es nie wieder geben

Berliner!

Am 3. Februar 1945 legten amerikanische Bomber die Innenstadt Berlins in Trümmer. Dieser sinnlose Angriff kostete Tausenden von Kindern, Frauen und Männern das Leben.

Die Toten und Ruinen vom 3. Februar 1945 mahnen uns:

Nie wieder amerikanische Bombenteppiche über Berlin!
Nie wieder Luftschutzbunker!
Wir wollen keine Remilitarisierung und Kriegshetze!
Wir wünschen eine gesamtdeutsche Verständigung für die Sicherung des Friedens!

Groß-Berliner Friedenskomitee

Act 8 502
X-DD 261
.4
Z9 #2
3 - OCT 2
Copy 1955

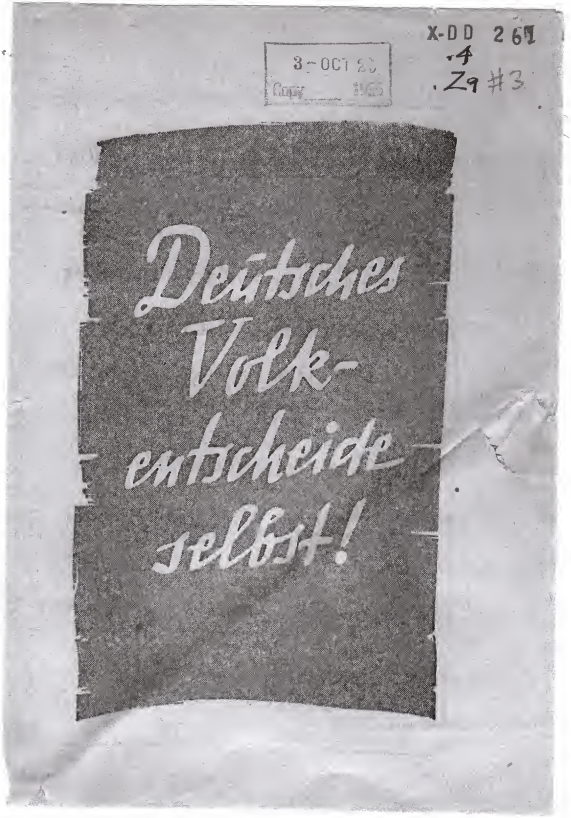
W. M. MOLOTOW

Zentralverwaltung und Wirtschaftseinheit Deutschlands

Rede auf der
Außenministerkonferenz in Moskau
am 18. März 1947

VERLAG „TÄGLICHE RUNDSCHAU", BERLIN

X-DD 261
.4
.Z9 #3



#4
31 OCT 25
1955
X-DD 26T
.4
.Z9

Was IST DER MARSHALL-PLAN?

VON J. SCHOPP

PREIS 20 PF.

From: Publications Procurement Office, Berlin

LR #5

Achtung Kollegen !

Seit 1949 ist unsere Unterstützung nicht erhöht worden, trotzdem die Preise ständig gestiegen sind. Die Arbeiter und Angestellten haben durch Kampf Lohnerhöhung erhalten. Wie lange wollen wir Arbeitslosen noch schweigen ?

Am 15. 7. 55 überbrachte eine Delegation des Zentralen Arbeitslosen-Ausschusses dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Brandt, eine Erklärung, in der auch eine Teuerungszulage von 5 DM wöchentlich für den Hauptunterstützungsempfänger und 1 DM für jeden zuschlagspflichtigen Familienangehörigen gefordert wird. Bis heute schweigt aber das Abgeordnetenhaus, trotzdem die Diäten der Abgeordneten um 60 Prozent erhöht wurden. Begründet wurde diese Erhöhung mit der Teuerungswelle in Westberlin.

Warum will man den Arbeitslosen nichts geben? Ist etwa kein Geld vorhanden? Milliarden werden für die Wiederaufrüstung ausgegeben, nur die Arbeitslosen sollen mit ihrer kargen Unterstützung weiter auskommen.

X-DD 261 .4 .Z9

So kann es auf keinen Fall weitergehen! Daß die Forderung nach einer Teuerungszulage mehr

3 OCT 25
Copy 1955
X-DD 261
.4
.Z9
#6

G. M. Malenkow

Die Sowjetunion verteidigt die Sache des Friedens

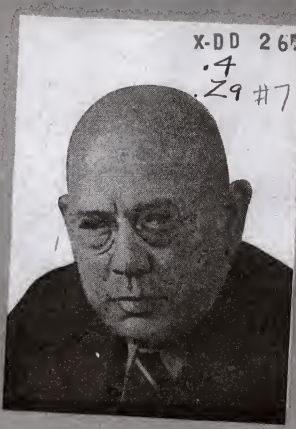
Rede auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets am 6. November 1949 anläßlich des 32. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

E

X-DD 261
.4
.Z9 #7

3-OCT 2.
Copy 1945

DWK KLEINE REIHE DWK KLEINE REIHE DWK KLEINE REIHE DWK KLEINE REIHE



Rede gehalten auf der Vollsitzung der Deutschen Wirtschaftskommission am 22. Juni 1949

Interzonenhandel

Ein Schritt zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands

VON JOSEPH ORLOPP

Leiter der Hauptverwaltung Interzonen- u. Außenhandel

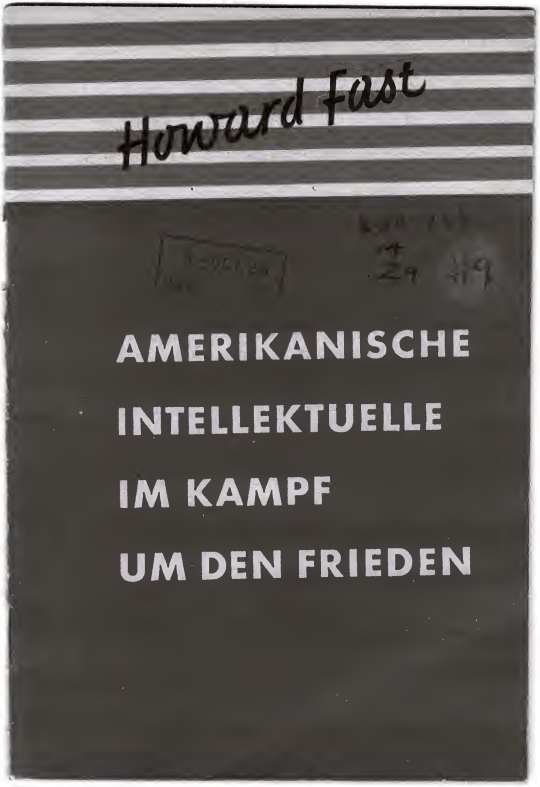
X-DD261
.4
.29
#8

Fred Oelßner
NATIONALPREISTRÄGER

DIE SOWJETUNION UNSER VORBILD UND FREUND

Festrede auf der Feier des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum 32. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 6. November 1949 im Friedrichstadt-Palast zu Berlin

DIETZ VERLAG BERLIN


Howard Fast
AMERIKANISCHE
INTELLEKTUELLE
IM KAMPF
UM DEN FRIEDEN

X-DD261
.H
.29
#10

Die Heilfürsorge unserer SOZIALVERSICHERUNG

VON KURT SCHALDACH

Frohe Patientinnen im Volksbad Salzelmen

ZENTRALVORSTAND DER SOZIALVERSICHERUNG IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK · BERLIN

Mit Beiträgen von:

Thomas Mann
Johannes R. Bacher
Bernhard Kellermann
Anna Seghers
Arnold Zweig
Abbé Boulier
Prof. Joliot-Curie
Pietro Nenni
Ives Farges
K. Zilliacus
Alexander Fadajew
John Rogge
Pablo Picasso
Jennusz Zerzycki
Ilja Ehrenburg
Vercors
Alexander Abusch
Karl Kleinschmidt
Metropolit Nicolai
Otto Nuschke
Jan Drda
Kuo Mo Jo
Gabriel d'Arboussier
Bernhard Göring
Dr. Hans Loch
Peter Heilmann
Edith Hauser

WEISSE TAUBE

3-OCT 25
Copy 1955
#11
X-DD 26.1
.4
.29

ÜBER DEN KONTINENTEN

X-DD 261 #12
.4
.29

84 * Telegramm **Deutsche Post**

412 WIESBADEN F 87217 6A 116

aus

Aufgenommen
Tag: 8.15 Monat: Jahr: 1/45 Zeit:
vom: ds durch: Kl

Amt Bonn

BUNDESREGIERUNG

BONN

Übermittelt
Tag: Zeit:
an: durch:

ALS MITUNTERZEICHNER DES AUFRUFES AN ALLE DEUTSCHEN ZUR VOLKSBEFRAGUNG GEGEN REMILITARISIERUNG PROTESTIERE ICH IN MEINER EIGENSCHAFT ALS VORSITZENDER DER DEUTSCHEN VOLKSPARTEI MIT NACHDRUCK GEGEN EINE DIFFAMIERUNG DER BETEILIGTEN ALS KOMMUNISTEN ODER RUECKVERSICHERER UND ERWARTE EHRENERKLAERUNG INNERHALB 48 STUNDEN ANDERNFALLS ICH KLAGE WEGEN BELEIDIGUNG UND UEBLER NACHREDE ERHEBEN WERDE

ROBERT WACHENDORF WIESBADEN NEROTAL 17

Für dienstliche Rückfragen

(11. 49) 90 000 x C 187 Din A 5

19 906/50 - (139) ALFRED PEDERSEN, BERLIN NO 55, SAARBRÜCKER STRASSE 22-24

Incl 9 #14
3 - OCT 25
Copy 1955
X-DD 261
.4
.Z9

Die Vorschläge der Sowjetunion zur Festigung des Friedens

Rede des Außenministers A. J. Wyschinskij
in der Sitzung des Politischen Ausschusses
der UN-Vollversammlung vom 23.10.1950

DOKUMENTE AUS BUKAREST

3 - OCT
Copy No. 1

X-DD 261
.4 #15
.Z9

Encl #1
EXHIBIT A X-550.1 Encom

X-DD 261
.4
.29 #16

Erzwingt den FRIEDEN

B E R I C H T

ÜBER DIE 9. (ERWEITERTE) PLENARTAGUNG DES
DEUTSCHEN KOMITEES DER KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN
AM 15. SEPTEMBER 1950
IN BERLIN

X-DD 261
.4
.Z9

8 OCT 25
Copy 1955

#17

X-DD 261
.4
.Z9 #18

3 - OCT 25
Copy 1955

Potsdamer Abkommen

und andere Dokumente

DEUTSCHER JAHRESVERLAG

X-DD 261
.4
.Z9 #19
3-OCT 25
Copy 1955

RUDOLF HERRNSTADT

DER WEG

in die Deutsche Demokratische REPUBLIK

DIETZ VERLAG BERLIN

INCL. 1

3-OCT 25
Copy 1955

#20

X-DD 261
.4
-Z9

Unsere Welt
Gruppe I

Wilhelm Firl und Fritz Giga

VORKÄMPFER DER FREIHEIT

VON ALFRED KANTOROWICZ

der kinderbuchverlag · Berlin/Dresden

#21

JÜRGEN KUCZYNSKI

3 OCT 55
Copy 1955

X-DD 261
.4
.Z9

KOLONIE Westdeutschland

Über die Grenzen hinweg

Deutsche Aktivisten sahen das neue Polen

X-DD 261
#22

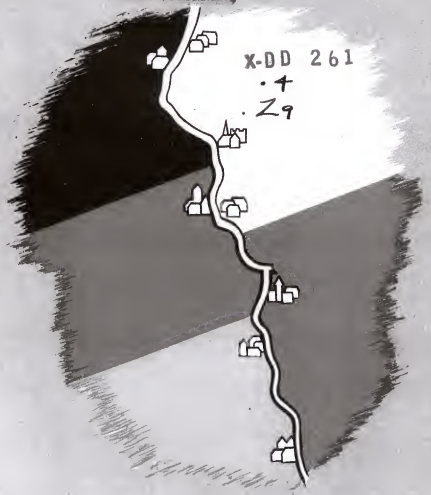
3 - OCT 25
Copyright

von Günther Erxleben

#23
3 OCT 25
Copy 1955

WERNER LAND

X-DD 261
.4
.Z9



Hinter ODER und NEISSE

X-DD 261
.4
.Z9
#24

Die Wahrheit über den Prozeß gegen die elf Führer der amerikanischen Kommunistischen Partei

1950

DIE FREIE GEWERKSCHAFT
VERLAGSGESELLSCHAFT MBH / BERLIN

DD261
.4
.29 #25

Krieg
oder
Frieden!
DER KONGRESS FÜR
DEUTSCH-SOWJETISCHE FREUNDSCHA
ANTWORTET FÜR WESTDEUTSC

X-DD 261
.4
Z9

Für das Verbot der Atomwaffe!

#26

Am 19. März 1950 wurde in Stockholm ein dringender Appell vom Weltkomitee der Friedenskämpfer erlassen. In allen Ländern der Welt hatten sich bis zum 1. September 1950 über 400 Millionen Menschen diesem Appell durch ihre Unterschrift angeschlossen.

Wer kann die Unterschrift verweigern?
Gibt es ein wirksames, wichtiges Argument?

3 - OCT 25
Copy 1955

9 EINWÄNDE ANTWORTEN

Gewisse Leute wenden ein, daß die Kampagne von einer politischen Partei ausgeht.

In Wirklichkeit ging dieser Appell von Persönlichkeiten mit internationalem Ruf und völlig verschiedener politischer Überzeugung aus. Die erste Unterschrift wurde von Frédéric Joliot-Curie geleistet. Gemeinsam mit ihm haben mehr als hundert Persönlichkeiten unterschrieben, wie z. B. Frau Cotton, General Cardenas, der ehemalige Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten John Rogge, der ein enger Mitarbeiter Roosevelts war, der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der mexikanische Gewerkschaftsführer Lombardo Toledano, der Geistliche Boulier, der Sozialist Pietro Nenni, der Dekan von Canterbury . . .

Diese Persönlichkeiten bilden das Ständige Komitee, welches auf dem ersten Weltkongreß der Friedenskämpfer im April 1949 in Paris und in Prag gegründet wurde. Auf dem Kongreß trafen Delegierte aus 72 Ländern zusammen, die 600 Millionen Menschen vertraten.

Warum die Atomwaffe und nicht auch die anderen Waffen verbieten?

Das Verbot der Atomwaffe erzwingen, bedeutet die drohendste Gefahr abwenden, bedeutet den „Kalten Krieg" beenden, eine günstige Stimmung für Verhandlungen schaffen und einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung.

Gegen die Atombombe, als der größten Bedrohung jedes Lebens, kann man die breitesten Schichten der Bevölkerung wirksam zusammenfassen. Das ist das beste Mittel, die Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen.

X-DD 261
.4'
.Z9
#27

Für das Verbot der Atomwaffe!

Am 19. März 1950 wurde in Stockholm ein dringender Appell vom Weltkomitee der Friedenskämpfer erlassen. In allen Ländern der Welt hatten sich bis zum 1. September 1950 über 400 Millionen Menschen diesem Appell durch ihre Unterschrift angeschlossen.

Wer kann die Unterschrift verweigern?
Gibt es ein wirksames, wichtiges Argument?

9 EINWÄNDE ANTWORTEN

Gewisse Leute wenden ein, daß die Kampagne von einer politischen Partei ausgeht.

In Wirklichkeit ging dieser Appell von Persönlichkeiten mit internationalem Ruf und völlig verschiedener politischer Überzeugung aus. Die erste Unterschrift wurde von Frédéric Joliot-Curie geleistet. Gemeinsam mit ihm haben mehr als hundert Persönlichkeiten unterschrieben, wie z. B. Frau Cotton, General Cardenas, der ehemalige Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten John Rogge, der ein enger Mitarbeiter Roosevelts war, der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der mexikanische Gewerkschaftsführer Lombardo Toledano, der Geistliche Boulier, der Sozialist Pietro Nenni, der Dekan von Canterbury . . .

Diese Persönlichkeiten bilden das Ständige Komitee, welches auf dem ersten Weltkongreß der Friedenskämpfer im April 1949 in Paris und in Prag gegründet wurde. Auf dem Kongreß trafen Delegierte aus 72 Ländern zusammen, die 600 Millionen Menschen vertraten.

Warum die Atomwaffe und nicht auch die anderen Waffen verbieten?

Das Verbot der Atomwaffe erzwingen, bedeutet die drohendste Gefahr abwenden, bedeutet den „Kalten Krieg" beenden, eine günstige Stimmung für Verhandlungen schaffen und einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung.

Gegen die Atombombe, als der größten Bedrohung jedes Lebens, kann man die breitesten Schichten der Bevölkerung wirksam zusammenfassen. Das ist das beste Mittel, die Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen.

X-DD 261
.A
.Z9
H28

Für das Verbot der Atomwaffe!

Am 19. März 1950 wurde in Stockholm ein dringender Appell vom Weltkomitee der Friedenskämpfer erlassen. In allen Ländern der Welt haben sich über 100 Millionen Menschen diesem Appell durch ihre Unterschrift angeschlossen.

Wer kann die Unterschrift verweigern?

Gibt es ein wirksames, wichtiges Argument?

10 EINWÄNDE ANTWORTEN

Gewisse Leute wenden ein, daß die Kampagne von einer politischen Partei ausgeht.

In Wirklichkeit ging dieser Appell von Persönlichkeiten mit internationalem Ruf und völlig verschiedener politischer Überzeugung aus. Die erste Unterschrift wurde von Frédéric Joliot-Curie geleistet. Gemeinsam mit ihm haben mehr als hundert Persönlichkeiten unterschrieben, wie z. B. Frau Cotton, General Cardenas, der ehemalige Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten John Rogge, der ein enger Mitarbeiter Roosevelts war, der sowjetische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, der mexikanische Gewerkschaftsführer Lombardo Toledano, der Geistliche Boulier, der Sozialist Pietro Nenni, der Dekan von Canterbury ...

Diese Persönlichkeiten bilden das Ständige Komitee, welches auf dem ersten Weltkongreß der Friedenskämpfer im April 1949 in Paris und in Prag gegründet wurde. Auf dem Kongreß trafen Delegierte aus 72 Ländern zusammen, die 600 Millionen Menschen vertraten.

Warum verbietet man nur die Atomwaffe und nicht auch die anderen Waffen?

Das Verbot der Atomwaffe erzwingen, bedeutet die drohendste Gefahr abwenden, bedeutet den „kalten Krieg" beenden, eine günstige Stimmung für Verhandlungen schaffen und einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung.

Gegen die Atombombe, als der größten Bedrohung jedes Lebens, kann man die breitesten Schichten der Bevölkerung wirksam zusammenfassen. Das ist das beste Mittel, die Massenvernichtungswaffen zu bekämpfen.

#29

8 OCT 25
Copy 1955

X-DD 261
.4
Z9

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Am 1. Dezember 1950 ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage sind die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. **Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde,** der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde.

X-DD 261
.4
.Z9
#30
3 OCT 25
Copy 1955

Die sieben Eingeständnisse eines amerikanischen Imperialisten

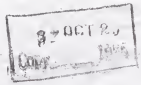
Zur Rede Herbert Hoovers / Von Gerhart Eisler

Herbert Hoover, der ehemalige republikanische Präsident, ein sehr einflußreicher führender Politiker der Republikanischen Partei, ihr „alter Staatsmann" und ein Exponent großkapitalistischer Kreise, haßt die Sowjetunion, die Volksrepublik China, die Volksdemokratien und jede fortschrittliche Bewegung nicht weniger als Präsident Truman, und nicht weniger als Präsident Truman ist auch Herbert Hoover davon überzeugt, daß dem amerikanischen Imperialismus die Ausbeutung der Welt zusteht. Sähe Herbert Hoover auch nur die geringste Möglichkeit, die Sowjetunion, China, die Volksdemokratien auf die Knie zu zwingen, er griffe mit beiden Händen zu und lobte eine Politik, die dafür Erfolg verspräche.

Aber die Niederlage der amerikanischen Truppen in Korea war so schwer, nach amerikanischen Eingeständnissen „eine der schwersten der Geschichte der USA"; die amerikanische Politik ist in eine solche Sackgasse geraten, daß in immer breiteren Massen des amerikanischen Volkes und auch in den verschiedensten Schichten und Kreisen der herrschenden Klassen Amerikas der Widerstand, der Zweifel und die Unruhe über die Fortsetzung der Trumanschen Politik wächst. Daher hat die heftige Kritik Herbert Hoovers an der Politik Trumans in den USA einen sehr großen Eindruck gemacht und auch den Märchenschleier zerfetzt, daß die amerikanische Nation einheitlich hinter der jetzigen amerikanischen Politik steht.

Hoover bekämpft die Politik Trumans nicht vom Standpunkt eines Friedenskämpfers, sondern vom Standpunkt eines amerikanischen Imperialisten, der aber gezwungen ist, einige harte Tatsachen anzuerkennen, mit ihnen zu rechnen, und der deshalb Truman vorwirft, daß die Nichtbeachtung dieser Tatsachen die Vereinigten Staaten in die Katastrophe führen muß.

Führt aber die jetzige amerikanische Politik, wie es Hoover mit Recht voraussagt, die stärkste imperialistische Macht der Welt, die USA, in die unvermeidliche Katastrophe, wohin müßte erst diese Politik ein Westdeutschland führen, das sich auf Gedeih und Verderb dieser zur Katastrophe führenden amerikanischen Politik unterwerfen würde, auf amerikanischen Befehl remilitari-



X-DD 261
-4
-79
#131

Berlin, im Dezember 1950

Liebe Freunde!

Heute überreichen wir Ihnen in unserer Sendung ein Flugblatt mit dem Inhalt des Briefes des Ministerpräsidenten Otto G r o t e w o h l an den Bundeskanzler Dr. A d e n a u e r und der Stellungnahme des Präsidiums des Nationalrats. Wir sehen in diesem öffentlichen Schritt des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in kritischer Stunde einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und zur Sicherung des Friedens. Die ostdeutsche Regierung schlägt der westdeutschen Regierung hier unter Beiseitestellung aller Dinge, die Ost und West voneinander trennen, die Aufnahme sofortiger gemeinsamer Besprechungen über die Bildung eines Konstituierenden Rates zur Lösung der brennenden nationalen Lebensfragen unseres Volkes vor.

Wer kann angesichts der Drohung des Präsidenten der USA, Truman, die Atombombe auf Korea und die Volksrepublik China zu werfen, noch daran zweifeln, daß es das Gebot der Stunde ist, unverzüglich alles zu tun, damit die Spaltung unseres Vaterlandes überwunden und durch die Herstellung der Einheit eines friedliebenden Deutschlands der Frieden in Europa selbst gesichert wird. Dieses Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl fand bereits großen Widerhall in weiten Kreisen, auch der westdeutschen Bevölkerung. Im Osten Deutschlands erwarten die Menschen, daß ihre Brüder und Schwestern im Westen alles tun, damit die ganze Bevölkerung von dem vollen Wortlaut dieses Schreibens Kenntnis erhält. Sie hoffen, daß im Westen Deutschlands die Bevölkerung die Versuche zu einer Lösung des deutschen Problems dadurch unterstützt, daß sie Stellung nimmt und ihre Meinung in Briefen und Entschließungen sowohl dem Bundeskanzler Dr. Adenauer wie auch dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Kenntnis bringt.

X-DD 261
•4
Z9 #32

DIE FREIE GEWERKSCHAFT

VERLAGSGESELLSCHAFT M. B. H. – ABT. BUCHVERLAG
BERLIN N 4, CHAUSSEESTRASSE 123 – FERNRUF 42 59 01

3 OCT 25
Copy

UNSERE VERLAGSERSCHEINUNGEN:

STAND HERBST 1950

GEWERKSCHAFTSLITERATUR:

Fritz Apelt

Die Gewerkschaften in der Sowjetunion

120 Seiten — 1,75 DM

Ausgehend von der Entstehung und Bekämpfung der Gewerkschaften im zaristischen Rußland leitet der Verfasser über zu der entscheidenden Rolle, die den Gewerkschaften in der Oktober-Revolution 1917 und dann im Aufbau des sowjetischen Staates zukam. Ihr maßgebender Einfluß auf das kulturelle und wirtschaftliche wie überhaupt auf das gesamte Leben des Sowjetmenschen wird hier anschaulich und überzeugend geschildert.

Fritz Apelt

Stalin und die Gewerkschaften

56 Seiten — —,80 DM

Berichtet wird, wie Stalin in den Jahren von 1900 bis 1905 Streiks und Demonstrationen organisierte, in Transkaukasien die Gewerkschaften aufbaute, wie er als ihr Lehrer und Theoretiker wirkte, zum Erbauer einer sozialistischen Industrie wird und abschließend, welche Stellung er zu den Gewerkschaften im Westen einnimmt.

Einführung in das Studium der Marxschen politischen Ökonomie

Eine Anfsatzreihe über die Hauptabschnitte des ersten Bandes „Das Kapital" von Karl Marx.

Neuauflage erscheint in Kürze

Karl Fugger

Was lehrt Stalin die deutschen Aktivisten?

88 Seiten — 1,30 DM

Überzeugend wird nachgewiesen, daß eine höhere Arbeitsproduktivität entscheidend für den Sieg des Sozialismus ist. Die Erfolge, die die Werktätigen der Sowjetunion unter der Führung Stalins auf diesem Gebiet errungen haben, sollen für die deutschen Arbeiter das Beispiel sein.

Aus der Arbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes 1947–1949

Etwa 540 Seiten — Erscheint in Kürze

Du entscheidest:

KRIEG oder FRIEDEN?

Immer unheilvoller erhebt sich die grauenhafte Gefahr des dritten Weltkrieges. Die Drohung des Präsidenten der USA, Atombomben auf Korea und China abzuwerfen, der amerikanische Plan zur Zwangsrekrutierung von Truppen und Luftschutzeinheiten in Westdeutschland, die Aufstellung eines Kriegswirtschafts- und Rüstungsplans für die westdeutsche Industrie sind Alarmzeichen höchster Gefahr.

In dieser Atmosphäre gespannter Unsicherheit unternahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Schritt von höchster Bedeutung — einen Schritt für den Frieden. Um das grauenvolle Schicksal eines Bruderkrieges von unserem deutschen Volk abzuwenden, übermittelte Ministerpräsident Otto Grotewohl Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag, unverzüglich Besprechungen zwischen den Vertretern Ost- und Westdeutschlands aufzunehmen.

Dieses Angebot muß angenommen werden!

Angesichts der ungeheuren Gefahr, die uns alle bedroht, müssen wir verlangen, daß enge Parteiinteressen schweigen. Sie mögen sich wieder zu Worte melden, wenn die Gefahr für unser aller Leben gebannt ist. Jetzt geht es darum, als Deutsche gemeinsam zu handeln, um nicht gemeinsam zu sterben.

Männer und Frauen!

Erhebt Eure Stimme, die Stimme des ganzen Volkes, für die deutsche Verständigung! Besprecht das Angebot Grotewohls in Eurem Bekanntenkreis und nehmt Stellung! Setzt Euch ein für Zustimmungserklärungen in Euren politischen, sozialen und kulturellen Organisationen! Verlangt von den Zeitungen, daß sie Euch, die friedliebenden Menschen, zu Worte kommen lassen! Verlangt von den Politikern der Parlamente und Regierungen, daß sie Eure Forderungen vertreten! Schickt Telegramme, Briefe und Delegationen nach Bonn: Ost und West an einen Tisch! Man muß Euch hören!

Betriebsarbeiter und Gewerkschafter!

In Hunderten von Betrieben, in unzähligen Versammlungen habt Ihr die Remilitarisierung Westdeutschlands abgelehnt. Fordert nun in noch größerer Geschlossenheit die Bildung des gesamtdeutschen Rates! Eure Gewerkschaften müssen Eure Beschlüsse verwirklichen und Ihre mächtige Stimme erheben für den einzigmöglichen Weg der friedlichen Verständigung.

Christen!

Wie oft habt Ihr bang vor den Altären für den Frieden gebetet? Helft nun mit, daß die große Verheißung „Friede den Menschen auf Erden" endlich Wirklichkeit werde! Helft mit, daß Deutsche zu Deutschen finden!

Deutsche Jugend!

Sei Du der entschlossenste Vorkämpfer für die Verständigung, für den Frieden, für Deutschland, für Dein Leben!

Du entscheidest:

KRIEG oder FRIEDEN?

Immer unheilvoller erhebt sich die grauenhafte Gefahr des dritten Weltkrieges. Die Drohung des Präsidenten der USA Atombomben auf Korea und China abzuwerfen, der amerikanische Plan zur Zwangsrekrutierung von Truppen und Luftschutzeinheiten in Westdeutschland, die Aufstellung eines Kriegswirtschafts- und Rüstungsplans für die westdeutsche Industrie sind Alarmzeichen höchster Gefahr.

In dieser Atmosphäre gespannter Unsicherheit unternahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Schritt von höchster Bedeutung — einen Schritt für den Frieden. Um das grauenvolle Schicksal eines Bruderkrieges von unserem deutschen Volk abzuwenden, übermittelte Ministerpräsident Otto Grotewohl Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag, unverzüglich Besprechungen zwischen den Vertretern Ost- und Westdeutschlands aufzunehmen.

Dieses Angebot muß angenommen werden!

Angesichts der ungeheuren Gefahr, die uns alle bedroht, müssen wir verlangen, daß enge Parteiinteressen schweigen. Sie mögen sich wieder zu Worte melden, wenn die Gefahr für unser aller Leben gebannt ist. Jetzt geht es darum, als Deutsche gemeinsam zu handeln, um nicht gemeinsam zu sterben.

Männer und Frauen!

Erhebt Eure Stimme, die Stimme des ganzen Volkes, für die deutsche Verständigung! Besprecht das Angebot Grotewohls in Eurem Bekanntenkreis und nehmt Stellung! Setzt Euch ein für Zustimmungserklärungen in Euren politischen, sozialen und kulturellen Organisationen! Verlangt von den Zeitungen, daß sie Euch, die friedliebenden Menschen, zu Worte kommen lassen! Verlangt von den Politikern der Parlamente und Regierungen, daß sie Eure Forderungen vertreten! Schickt Telegramme, Briefe und Delegationen nach Bonn: **Ost und West an einen Tisch!** Man muß Euch hören!

Betriebsarbeiter und Gewerkschafter!

In Hunderten von Betrieben, in unzähligen Versammlungen habt Ihr die Remilitarisierung Westdeutschlands abgelehnt. Fordert nun in noch größerer Geschlossenheit die Bildung des gesamtdeutschen Rates! Eure Gewerkschaften müssen Eure Beschlüsse verwirklichen und ihre mächtige Stimme erheben für den einzigmöglichen Weg der friedlichen Verständigung.

Christen!

Wie oft habt Ihr bang vor den Altären für den Frieden gebetet? Helft nun mit, daß die große Verheißung „Friede den Menschen auf Erden" endlich Wirklichkeit werde! Helft mit, daß Deutsche zu Deutschen finden!

Deutsche Jugend!

Sei Du der entschlossenste Vorkämpfer für die Verständigung, für den Frieden, für Deutschland, für Dein Leben!

X-DD 261
.4
.Z9
#35

Du entscheidest:

KRIEG oder FRIEDEN?

Immer unheilvoller erhebt sich die grauenhafte Gefahr des dritten Weltkrieges. Die Drohung des Präsidenten der USA. Atombomben auf Korea und China abzuwerfen, der amerikanische Plan zur Zwangsrekrutierung von Truppen und Luftschutzeinheiten in Westdeutschland, die Aufstellung eines Kriegswirtschafts- und Rüstungsplans für die westdeutsche Industrie sind Alarmzeichen höchster Gefahr.

In dieser Atmosphäre gespannter Unsicherheit unternahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Schritt von höchster Bedeutung — einen Schritt für den Frieden. Um das grauenvolle Schicksal eines Bruderkrieges von unserem deutschen Volk abzuwenden, übermittelte Ministerpräsident Otto Grotewohl Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag, unverzüglich Besprechungen zwischen den Vertretern Ost- und Westdeutschlands aufzunehmen.

Dieses Angebot muß angenommen werden!

Angesichts der ungeheuren Gefahr, die uns alle bedroht, müssen wir verlangen, daß enge Parteiinteressen schweigen. Sie mögen sich wieder zu Worte melden, wenn die Gefahr für unser aller Leben gebannt ist. Jetzt geht es darum, als Deutsche gemeinsam zu handeln, um nicht gemeinsam zu sterben.

Männer und Frauen!

Erhebt Eure Stimme, die Stimme des ganzen Volkes, für die deutsche Verständigung! Besprecht das Angebot Grotewohls in Eurem Bekanntenkreis und nehmt Stellung! Setzt Euch ein für Zustimmungserklärungen in Euren politischen, sozialen und kulturellen Organisationen! Verlangt von den Zeitungen, daß sie Euch, die friedliebenden Menschen, zu Worte kommen lassen! Verlangt von den Politikern der Parlamente und Regierungen, daß sie Eure Forderungen vertreten! Schickt Telegramme, Briefe und Delegationen nach Bonn: Ost und West an einen Tisch! Man muß Euch hören!

Betriebsarbeiter und Gewerkschafter!

In Hunderten von Betrieben, in unzähligen Versammlungen habt Ihr die Remilitarisierung Westdeutschlands abgelehnt. Fordert nun in noch größerer Geschlossenheit die Bildung des gesamtdeutschen Rates! Eure Gewerkschaften müssen Eure Beschlüsse verwirklichen und ihre mächtige Stimme erheben für den einzigmöglichen Weg der friedlichen Verständigung.

Christen!

Wie oft habt Ihr bang vor den Altären für den Frieden gebetet? Helft nun mit, daß die große Verheißung „Friede den Menschen auf Erden" endlich Wirklichkeit werde! Helft mit, daß Deutsche zu Deutschen finden!

Deutsche Jugend!

Sei Du der entschlossenste Vorkämpfer für die Verständigung, für den Frieden, für Deutschland, für Dein Leben!

3 = OCT 25
Copy ____ 1955

#26
X-DD 261
.4
.Z9

Dü entscheidest:

KRIEG oder FRIEDEN?

Immer unheilvoller erhebt sich die grauenhafte Gefahr des dritten Weltkrieges. Die Drohung des Präsidenten der USA Atombomben auf Korea und China abzuwerfen, der amerikanische Plan zur Zwangsrekrutierung von Truppen und Luftschutzeinheiten in Westdeutschland, die Aufstellung eines Kriegswirtschafts- und Rüstungsplans für die westdeutsche Industrie sind Alarmzeichen höchster Gefahr.

In dieser Atmosphäre gespannter Unsicherheit unternahm die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Schritt von höchster Bedeutung — einen Schritt für den Frieden. Um das grauenvolle Schicksal eines Bruderkrieges von unserem deutschen Volk abzuwenden, übermittelte Ministerpräsident Otto Grotewohl Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag, unverzüglich Besprechungen zwischen den Vertretern Ost- und Westdeutschlands aufzunehmen.

Dieses Angebot muß angenommen werden!

Angesichts der ungeheuren Gefahr, die uns alle bedroht, müssen wir verlangen, daß enge Parteiinteressen schweigen. Sie mögen sich wieder zu Worte melden, wenn die Gefahr für unser aller Leben gebannt ist. Jetzt geht es darum, als Deutsche gemeinsam zu handeln, um nicht gemeinsam zu sterben.

Männer und Frauen!

Erhebt Eure Stimme, die Stimme des ganzen Volkes, für die deutsche Verständigung! Besprecht das Angebot Grotewohls in Eurem Bekanntenkreis und nehmt Stellung! Setzt Euch ein für Zustimmungserklärungen in Euren politischen, sozialen und kulturellen Organisationen! Verlangt von den Zeitungen, daß sie Euch, die friedliebenden Menschen, zu Worte kommen lassen! Verlangt von den Politikern der Parlamente und Regierungen, daß sie Eure Forderungen vertreten! Schickt Telegramme, Briefe und Delegationen nach Bonn: **Ost und West an einen Tisch!** Man muß Euch hören!

Betriebsarbeiter und Gewerkschafter!

In Hunderten von Betrieben, in unzähligen Versammlungen habt Ihr die Remilitarisierung Westdeutschlands abgelehnt. Fordert nun in noch größerer Geschlossenheit die Bildung des **gesamtdeutschen Rates!** Eure Gewerkschaften müssen Eure Beschlüsse verwirklichen und Ihre mächtige Stimme erheben für den einzigmöglichen Weg der friedlichen Verständigung.

Christen!

Wie oft habt Ihr bang vor den Altären für den Frieden gebetet? Helft nun mit, daß die große Verheißung „Friede den Menschen auf Erden" endlich Wirklichkeit werde! Helft mit, daß Deutsche zu Deutschen finden!

Deutsche Jugend!

Sei Du der entschlossenste Vorkämpfer für die Verständigung, für den Frieden, für Deutschland, für Dein Leben!

Verboten und eingestampft

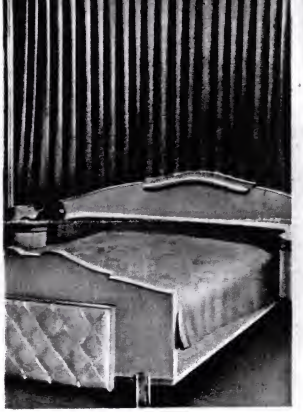
wurde die Gesamtauflage der Nummer 53 des „Stern", dem diese Seite entnommen ist, weil sie dem amerikanischen Gauleiter in Westdeutschland McCloy einmal die Wahrheit sagte. — Skandalaffären, Sensationsprozesse, kitschige Schönheits-Wettbewerbe, Damen-Ringkämpfe, die sonst den „Stern" füllen, erfreuen dagegen solche Patent-„Demokraten" wie McCloy u. Co. Mit ihnen wollen sie die westdeutsche Bevölkerung betäuben und von ihrer Remilitarisierungs- und Kriegspolitik ablenken.

Heft 53 · 5. Jahrgang · 31. Dezember 1950 · Verlagsort Hamburg

In diesem Heft:

Hoppla, wir leben!
(auf Besatzungskosten)

DOD 261
#37



Auf bestem Fuße steht die Firma Schultze in der Koblenzer Löhrstraße 24 mit dem Einkaufsbüro des Monsieur Ricco. Dorthin wandte sich Herr Schultze sofort telefonisch, als ihm die Frage nach dem Pfennen gestellt wurde. Die Antwort lautete: „Auskunft verweigern."

Ganz in Weiß mit koreanischem Ziegenleder ausgeschlagen ist das Luxusbett für Madame Koenig, die Gattin des ehemaligen französischen Militärgouverneurs, im Schloß Waldhausen (bei Mainz). Ein Freund des Hauses General Koenig, M. du Jaeger (sprich Dschedschä) entwarf dieses Bett für Madame. Es konnte leider nur einmal benutzt werden. Das legendenbesuchte Schlößchen, in das selbst der Referent für Besatzungskosten beim Finanzministerium Rheinland-Pfalz seit anderthalb Jahren vergeblich hineinzukommen versucht, um eine Bestandsaufnahme zu machen, wurde für 3,8 Millionen Besatzungs-DM ausgestattet

„Die Sureté hetzt' ich Ihnen auf den Hals!" so komplimentierte Hans Schultze in Koblenz (oben) unsere Reporter aus seinem Metallwarenladen hinaus. *Die wußten gar nicht, wieso sie diese Drohung mit der französischen Sicherheitspolizei verdient hatten. Sie hatten sich nur nach der Qualität der Bratpfannen erkundigen wollen, wie sie — sechs an der Zahl — Herr Schultze zum bescheidenen Preis von 2477 DM auf den Sitz des französischen Oberkommissars, Schloß Ernich (unten), geliefert hatte*

Wenn es dem französischen Landeskommissar von Rheinland-Pfalz fast sechs Jahre nach Kriegsende einfällt, auf offener Straße einen deutschen Kraftfahrer mit der Faust ins Gesicht zu schlagen, so mag man darin weniger einen Angriff auf Europas Einheit sehen, als die moralische Selbstverstümmelung eines einstigen Besatzungsverwöhnten, es dagegen unter der westalliierten Besatzungsprominenz einige Leute gibt, die ohnehin noch sechs Jahre nach Kriegsende glauben, bei uns eine Art frischfröhlichen Soldatentebens in Feindesland führen zu können, so ist das allerdings ein Faustschlag ins Gesicht aller europäischen Vernunft. Nicht, als ob unter dieser Frischfröhlichkeit etwa Dinge verstanden sein wollten, wie das wohllaue Abschießen von Hirsch und Reh im Wald oder Glühbirnen in den Kronleuchtern beschlagnahmter Wohnungen — wenngleich bei uns die Wälder widerhallen vom amerikanisch akzentuierten „Hallali", und wenngleich man sich vergeblich fragt, wozu sonst der Besatzungskostenhaushalt 1950/51 allein 4,2 Millionen DM für die Anschaffung von Glühbirnen aufweist. Es ist nicht genau festzustellen, wie sich dieser märchenhafte Beleuchtungseffekt auf die drei westlichen Besatzungszonen verteilt, um so mehr als die Franzosen eine Vorliebe für indirekte Beleuchtung zu haben scheinen — wofür sie allein im „Relais de France" in Mainz einen Betrag von 250 000 DM installierten.

Nun, damit sind wir schon mitten drin in dem, was uns ein wenig allzusehr nach den unzeitgemäßen Siegerattitüden militärischer Besatzer schmeckt, denn wo anders als in Feindesland wohnen die Generäle in Luxusschlössern für 3,8 Millionen DM, wo anders als in Feindesland schlafen ihre Gattinnen in Betten, die mit koreanischem Ziegenleder ausgeschlagen sind, wo anders lassen sich die Gouverneure „sechsmotorige Schreibtische" für 85 000 DM anfertigen, wo anders stellen sie ihre Empfangsräume mit Teppichen für 16 200 DM und ihre Eßzimmer mit Möbeln für 12 884 DM aus, wo anders kochen sie in Töpfen, von denen sechs Stück die Kleinigkeit von 2477 DM kosten, und essen von einem Service für 1375 DM, mit Silberbestecks für 15 325 DM, um ihren Gästen nach gehobtem Mahle silberne Zigarettenetuis für 288 DM zu reichen — und das alles auf Besatzungskosten?

Nun, das geschieht nirgendwo anders als in Deutschland. Fast sechs Jahre nach Kriegsende.

Lesen Sie das Blatt sehr aufmerksam. Sie werden bald feststellen, warum im Zeichen der amerikanischen „Pressefreiheit" der „Stern" verboten wurde

X-DD 261
.4
#38

Deutsche an einen Tisch

Der Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an Herrn Dr. Adenauer

Berlin (ADN). Am Freitag, dem 1. Dezember 1950, 16.15 Uhr, ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde. Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Otto Grotewohl, Ministerpräsident.

Berlin, den 30. November 1950."

Dieser Brief hat in Ost- wie in Westdeutschland und darüber hinaus bei den friedliebenden Menschen der ganzen Welt lebhaften Anklang gefunden. Zu verschiedenen Anfragen erklärt der Ministerpräsident Otto Grotewohl am 8. Dezember 1950 folgendes:

„Es geht hier nicht um Herrn Adenauer oder Herrn Grotewohl, wird sind nur die ausführenden und handelnden Personen. Entscheidend aber ist, ob wir ausführende Personen der Besatzungsmacht sind oder solche, die an ihr Volk und seine Zukunft zu denken haben."

Verbreite und diskutiere auch Du diesen Brief unter Deinen Bekannten und Freunden, fordere auch Du die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Denke daran:

Wenn das deutsche Volk nicht will, kann der Krieg in Europa nicht stattfinden

X-DD 261
4
Z9 #39

Die Seifenblasen des Herrn R.

8 - OCT 25
X-DD 261
.4
.Z9 #40

Die deutsch-polnische Freundschaft eine Voraussetzung für den Frieden

Dnce. #13

2
Copy
#41
X-DD 261
.4
.Z9

Reißt ihnen die Maske vom Gesicht!

3 OCT 25
Copy 1955

X-DD 261
.4
.29
#42

Schluss mit der Remilitarisierung Deutschlands!

DIE EUROPÄISCHE ARBEITERKONFERENZ
VOM 23.-25. MÄRZ 1951 IN BERLIN

3 OCT 25
Copy 1955

X-DD 261
.4
.Z9 #43

ERLEBT UND KURZ notiert

REPORTAGE ÜBER DAS FRIEDENSAUFGEBOT DES DFD
AUF DEM WEGE ZUR MILLION VOM 1. JULI BIS 15. NOVEMBER 1950

WELTFRIEDENSRAT GIBT ANTWORT

3-OCT 25
Copy 1955

6 9 M

2
Copy

#44

Ein Querschnitt

durch die Pressekonferenzen

des Weltfriedensrates

vor 200 Zeitungs-Korrespondenten

aus allen Teilen Deutschlands

und der Welt

zur Eröffnung und zum Abschluß

der Berliner Tagung

des Weltfriedensrates

vom 21. bis 26. Februar 1951

X-DD 261
.4
.Z9

#45

3 - OCT 20
1955

X-DD 261
.4
.Z9

OTTO GROTEWOHL

Die deutsch-polnische Freundschaft hilft den Frieden in Europa sichern!

Fünf
Mütter
für
Millionen
EIN BRIEF FÜR ALLE DEUTSCHEN MÜTTER

#47

DEUTSCHE AN EINEN TISCH

3 - OCT 25
Copy 1955

Die Wahrheit

X-DD 261
.4
.29

über Konrad Adenauer

und Jakob Kaiser

Von DR. REINHOLD LOBEDANZ

(Christlich-Demokratische Union)

INCL #2
IV-18965

#48

DEUTSCHE AN EINEN TISCH

3 - OCT 25
Copy 1955

Ein Liberaldemokrat über Frieden und Einheit

X-DD 261
.4
.Z9

Von JOHANNES DIECKMANN
stellv. Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands

Incl. #4
IV-18965

#49

DEUTSCHE AN EINEN TISCH

3 - OCT 25
Copy 1955

Ein Mitkämpfer August Bebels spricht

X-DD 261
.4
.Z9

Ein offenes Wort an alle Sozialdemokraten

Von OTTO BUCHWITZ

Encl #2

Encl #2

D.D. 6 #150

DEUTSCHE AN EINEN TISCH

3 OCT 25
Copy 1955

X-DD 261
.4
.Z9

Stalingrad mahnt!

Von WILHELM ADAM

ehemaliger Oberst und Adjutant der 6. Armee vor Stalingrad

Amer #4

#151

DEUTSCHE AN EINEN TISCH

3 OCT 25
Copy 1955

Stalingrad mahnt!

X-DD 261
.4
.Z9

Von WILHELM ADAM

ehemaliger Oberst und Adjutant der 6. Armee vor Stalingrad

Incl #4

DD261
.4
.29 #52

#53

DER FRIEDEN

3 - OCT 25
Copy 1955

11
16
61

2
Copy

X-DD 261
.4
.Z9

liegt in unserer Hand!

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 14. März 1951

3-OCT 25
1955

UNSERE WELT

GRUPPE 1

2

#54

DIE KOLCHIS

VON KONSTANTIN PAUSTOWSKI

X-DD 261

der kinderbuchverlag Berlin

13013 ●

#55

UNSERE WELT

GRUPPE 1

3 - OCT 2
Copy 1955

2
Copy

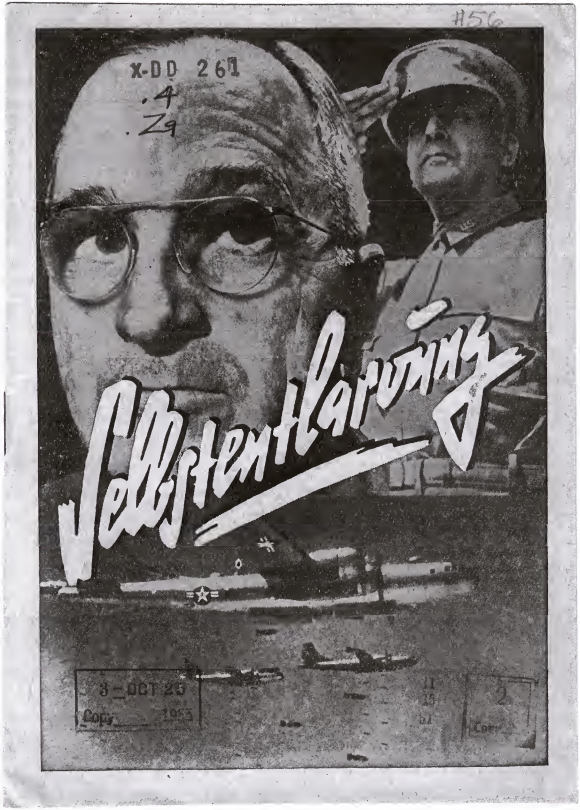
DER LANGE MARSCH

Ein Bericht vom Werden des neuen China

X-DD 261
.4
.Z9

der kinderbuchverlag · Berlin/Dresden

#56
X-DD 261
.4
.Z9

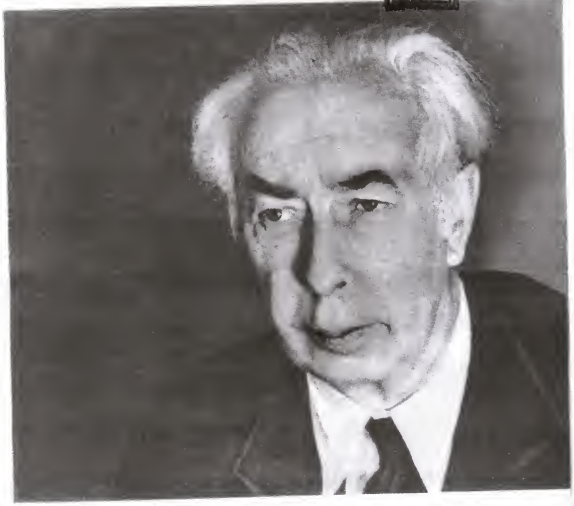


3 OCT 25
Copy 1955
2
Copy

BUNDESPRÄSIDENT

HEUSS

8 9 2 Copy #57



ZUR DEUTSCHEN WIEDERAUFRÜSTUNG

X-DD 261
.4
.Z9
3 OCT 25
Copy 1955

h.

#58.

3-OCT 25
Copy 1955

X-DD 261
.4
.Z9

Jugend gehört zusammen!

Encl #2

X-DD 261
.4
.Z9

3 - OCT 25
Copy 1955

#59

Werktätige Westdeutschlands!

Vorwärts im Kampf für die friedliche Lösung der Deutschlandfrage im Jahre 1951!

CONFIDENTIAL

Encl #3

X-DD 261
.4
.Z9
#60
3 - OCT 25
Dept. 1955

Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen

Die große Rede
des stellvertretenden Ministerpräsidenten
Walter Ulbricht
vor der Volkskammer am 9. Mai 1951

Die Volksbefragung ist zur vordringlichsten Aufgabe des ganzen Volkes geworden

AAV

3 OCT 25
Conv 1955

X-DD 261
.4
.Z9 #61

Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen

Die große Rede
des Stellvertretenden Ministerpräsidenten
Walter Ulbricht
vor der Volkskammer am 9. Mai 1951

Die Volksbefragung ist zur vordringlichsten Aufgabe des ganzen Volkes geworden

AAAC

X-DD 261
4
.Z9
#62

Wodurch werden die politischen Verhältnisse in Westdeutschland charakterisiert?

8 = 907 25
Copy 1955

Die politische Macht liegt in den Händen ausländischer Gouverneure, die von der Zwingburg auf dem Petersberg ihre Befehle erteilen. Nicht weit davon hat die Bonner Regierung ihren Sitz, in deren Staatsapparat größtenteils die gleichen reaktionären Kräfte tätig sind, die einst Hitler den Weg bereitet und die Hitlersche Kriegspolitik unterstützt haben.

Konrad Adenauer ist als alter Separatist und Revanchepolitiker bekannt. Als Mitglied des Aufsichtsrates einer Reihe von Unternehmen ist Adenauer mit den Interessen der rheinischen Konzernbesitzer eng verbunden. In der Weimarer Zeit war sein Ziel, Bayern und die Rheinprovinz mit Österreich zu einem Block unter der Führung der Habsburger Monarchie zu vereinen.

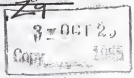
Finanzminister Dr. Fritz Schäffer, früher Vorsitzender der Bayrischen Volkspartei, wurde von der amerikanischen Militärregierung im Jahre 1946 wie folgt charakterisiert: In Zusammenarbeit mit den Nazis war er während seiner ganzen politischen Karriere ein Exponent der ultranationalistischen und militaristischen Ideologie, die zur Naziregierung und zum Krieg führte.

Hermann Abs war unter Hitler der Leiter der Deutschen Bank und beschäftigte sich mit der Ausbeutung der vom Hitlerfaschismus okkupierten Länder. In dieser Funktion gehörte er dem sogenannten „Rußlandausschuß" an. Er ist Mitglied des Vorstandes von 43 der größten Aktiengesellschaften und gegenwärtig Mitglied des „Wirtschaftsführungsstabes" bei Adenauer.

Encl #f"

#163 X-DD 261

Bitte lesen und weitergeben!



Deutschland und die Sowjetunion

Es gibt westdeutsche Bürger, die sagen, Volksabstimmung für einen Friedensvertrag mit Deutschland sei ganz gut, aber die Sowjetunion stecke doch bestimmt dahinter. Vom sachlichen Standpunkt betrachtet, wären die Friedenskräfte in Deutschland froh, wenn recht viele Staaten hinter der Forderung des deutschen Volkes auf Abschluß eines Friedensvertrages stecken würden. Zum Beispiel würde es jeder begrüßen, wenn sich auch England und die USA für den **Abschluß eines Friedensvertrages der Großmächte mit Deutschland** einsetzen würden. Der einzige reale Maßstab des Verhältnisses der friedliebenden Deutschen zu den einzelnen Großmächten kann doch nur deren Stellungnahme zum Friedensvertrag mit Deutschland und dem darauf folgenden Abzug der Besatzungstruppen sein. Die Sowjetunion jedenfalls hat bewiesen, daß sie eine konsequente Haltung in dieser Frage vertritt. Bereits in Jalta und Potsdam hat sie sich gegen die Spaltung Deutschlands gewandt, denn schon in Potsdam hat Generalissimus Stalin die Behandlung Deutschlands als einheitlichen Staat und die Bildung einer Gesamtdeutschen Provisorischen Regierung gefordert. Das muß uns zu tiefer Dankbarkeit veranlassen.

Gewisse Politiker in Bonn haben aber einfach die Argumente der Goebbels-Propaganda aus der Zeit des „Kreuzzuges gegen den Kommunismus" übernommen und glauben, damit das deutsche Volk noch einmal in den Krieg hetzen zu können. Diese Bonner Kriegstreiber übersehen folgendes:

Erstens: Breite Kreise der deutschen Bevölkerung haben erkannt, daß die **Sowjetunion** durch den Sieg über den Hitlerfaschismus das bisher größte **Werk des Friedens vollbracht** hat, einen großen Teil Deutschlands befreite und durch ihren Sieg die Grundlagen für ein friedliches und freundschaftliches Zusammenleben der Völker der neuen Staaten der Volksherrschaft schuf;

zweitens: Die Sowjetunion ist als einzige Großmacht von Anfang an für die nationale Einheit und Unabhängigkeit eines friedlichen und demokratischen Deutschland eingetreten;

drittens: Die Sowjetunion unternimmt alles in ihren Kräften stehende, damit im Sinne des Beschlusses des Weltfriedenskongresses ein **Friedenspakt der fünf Großmächte** zustande kommt, der für die Erhaltung des Friedens von größter Bedeutung wäre;

Encl 1

3 - OCT 2.. Copy 1955
X-DD 261
.4
Z9
#64

Volksbefragung

in der

Deutschen Demokratischen Republik

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat auf ihrer 10. Vollsitzung am 9. 5. 1951 die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung beschlossen.

Die einstimmig angenommene Erklärung ist ein nationaler Appell an alle Deutschen:

„Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt den Beschluß des Hauptausschusses für Volksbefragung in Düsseldorf, eine Volksbefragung in ganz Deutschland durchzuführen über die Frage:

‚Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?'

Die Volkskammer stellt fest, daß im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durch die Entmachtung der militärischen Großgrundbesitzer und monopolistischen Kriegsinteressenten sowie durch die demokratische Umwandlung des Staatsapparates die Grundlagen des Friedens geschaffen wurden. In der Deutschen Demokratischen Republik ist nach den Bestimmungen der Verfassung jede Revanche-Propaganda, jede militaristische Kriegspropaganda untersagt.

Die Volkskammer spricht ihre Empörung darüber aus, daß in der westdeutschen Bundesrepublik die von den drei Großmächten feierlich unterzeichneten Potsdamer Beschlüsse mißachtet und gebrochen wurden und mit Hilfe der amerikanischen, englischen und französischen Okkupationsmacht die Grundlagen des deutschen Imperialismus erhalten wurden.

Die Volkskammer stellt fest, daß die Adenauer-Regierung durch ihre Revanche-Politik, durch die Remilitarisierung und Unterdrückung der Freiheit der friedliebenden Bürger den Weg der Kriegsvorbereitung beschritten hat.

Die herrschenden politischen Kreise in Westdeutschland setzen dadurch das Leben des ganzen deutschen Volkes aufs Spiel und bedrohen die Existenz der deutschen Nation.

Mit ihrem ungesetzlichen Verbot der Volksbefragung entlarvt die Bonner Regierung selber ihre ‚Demokratie' als dürftige Tarnung ihrer Diktatur deren brutales Instrument sie in den Händen der fremden Kolonialherren ist Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik brandmarkt diesen Verfassungsbruch und ist davon überzeugt, daß gerade diese Beweispolitik die Volksbefragung auch zu einem wuchtigen Ausdruck für Freiheit und Gesetzlichkeit gestalten wird.

Die Volkskammer appelliert an das Verantwortungsbewußtsein aller friedliebenden deutschen Bürger und fordert sie auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Remilitarisierung zu verhindern, denn Remilitarisierung bedeutet Krieg

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stimmt dem Vorschlag der Regierung zu, die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik am 3., 4. und 5. Juni 1951 durchzuführen.

Incl
aae

EXHIBIT "A"

X-DD 261
.4
.Z9

3 OCT 25
1955

#165

Erneute Mordtaten von USA-Gangstern!

Am 21. Februar 1951 wurde der Volkspolizei-Wachtmeister Herbert Liebs bei dem Ort Pferdsdorf an der Demarkationslinie auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik von amerikanischen Soldaten aus dem Hinterhalt erschossen.

Am 2. März 1951 haben amerikanische Besatzungstruppen im gleichen Abschnitt der Demarkationslinie ein neues furchtbares Verbrechen verübt. Um 20.30 Uhr wurden an diesem Tage in Oberzahl die Volkspolizei-Wachtmeister Schmidt und Janello durch amerikanische Soldaten ermordet. Die Eltern des 19jährigen Heinz Janello, ehemalige Umsiedler, haben im Hitlerkrieg bereits 4 Söhne verloren.

Deutsche Menschen!

Heute sind es die amerikanischen „Killer", die Eure deutschen Brüder an der Demarkationslinie viehisch ermorden!

Morgen sollt Ihr an die Stelle der amerikanischen Mörder treten und auf Eure Brüder schießen.

Deshalb gilt **besonders Dir, deutsche Jugend,** unsere Mahnung, der amerikanischen Wiederaufrüstung Westdeutschlands entschiedenen Widerstand zu leisten,

und besonders wir deutschen Mütter und Frauen bitten Euch Polizisten und Männer, die Ihr bereits amerikanische Uniformen tragt, **laßt Euch nicht mehr länger gegen das deutsche Volk mißbrauchen, lernt aus dem furchtbaren Beispiel Korea!**

Dort stehen bereits auf amerikanischen Befehl McArthurs koreanische Söldner im blutigen Bruderkrieg.

Auch dort begann es mit einzelnen, vom USA-Agenten und Kriegsprovokateur John Foster Dulles organisierten Mordschüssen an der von den amerikanischen Kriegstreibern künstlich aufrechterhaltenen Demarkationslinie.

Erkennt die Euch von den Kriegstreibern zugedachte grauenvolle Aufgabe und weigert Euch daher, auf amerikanischen Befehl Uniformen zu tragen, damit Ihr nicht eines Tages die Waffen gegen Eure deutschen Brüder und Schwestern erheben müßt.
Die Ermordung deutscher Menschen an der Demarkationslinie ist ein grauenvolles Alarmzeichen für alle und besonders für Euch. Jeder Deutsche, der sein Vaterland wirklich liebt, muß nun endlich begreifen, daß er der kolonialen Unterdrückung und der durch die amerikanischen

Orel #15

3-OCT 25
Copy 1953
X-DD 261
.4
.Z9 #66

Erneute Mordtaten von USA-Gangstern!

Am 21. Februar 1951 wurde der Volkspolizei-Wachtmeister Herbert Liebs bei dem Ort Pferdsdorf an der Demarkationslinie auf dem Boden der Deutschen Demokratischen Republik von amerikanischen Soldaten aus dem Hinterhalt erschossen.

Am 2. März 1951 haben amerikanische Besatzungstruppen im gleichen Abschnitt der Demarkationslinie ein neues furchtbares Verbrechen verübt. Um 20.30 Uhr wurden an diesem Tage in Obersuhl die Volkspolizei-Wachtmeister Schmidt und Janello durch amerikanische Soldaten ermordet. Die Eltern des 19jährigen Heinz Janello, ehemalige Umsiedler, haben im Hitlerkrieg bereits 4 Söhne verloren.

Deutsche Menschen!

Heute sind es die amerikanischen „Killer", die Eure deutschen Brüder an der Demarkationslinie viehisch ermorden!

Morgen sollt Ihr an die Stelle der amerikanischen Mörder treten und auf Eure Brüder schießen.

Deshalb gilt **besonders Dir, deutsche Jugend,** unsere Mahnung, der amerikanischen Wiederaufrüstung Westdeutschlands entschiedenen Widerstand zu leisten,

und besonders wir deutschen Mütter und Frauen bitten Euch Polizisten und Männer, die Ihr bereits amerikanische Uniformen tragt, **laßt Euch nicht mehr länger gegen das deutsche Volk mißbrauchen, lernt aus dem furchtbaren Beispiel Korea!**

Dort stehen bereits auf amerikanischen Befehl McArthurs koreanische Söldner im blutigen Bruderkrieg.

Auch dort begann es mit einzelnen, vom USA-Agenten und Kriegsprovokateur John Foster Dulles organisierten Mordschüssen an der von den amerikanischen Kriegstreibern künstlich aufrechterhaltenen Demarkationslinie.

Erkennt die Euch von den Kriegstreibern zugedachte grauenvolle Aufgabe und weigert Euch daher, auf amerikanischen Befehl Uniformen zu tragen, damit Ihr nicht eines Tages die Waffen gegen Eure deutschen Brüder und Schwestern erheben müßt. Die Ermordung deutscher Menschen an der Demarkationslinie ist ein grauenvolles Alarmzeichen für alle und besonders für Euch. Jeder Deutsche, der sein Vaterland wirklich liebt, muß nun endlich begreifen, daß er der kolonialen Unterdrückung und der durch die amerikanischen

Encl #12

#167

An alle deutschen Männer und Frauen, an die deutsche Jugend!

Das Präsidium des Hauptausschusses für Volksbefragung richtete folgenden Aufruf „An alle deutschen Männer und Frauen, an die deutsche Jugend":

„Durch Beschluß vom 24. April 1951 verbietet die Regierung Adenauer eine Volksbefragung über die Remilitarisierung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951. An Stelle einer Begründung setzt sie die Diffamierung unserer Bewegung, obwohl es vor dem ganzen Volke offensichtlich ist, daß wir uns **ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Weltanschauung,** allein unserem Gewissen und unserer deutschen Verantwortung folgend, zusammengefunden haben. Die Haltung der **Adenauer-Regierung** beweist mit aller Deutlichkeit, daß sie entschlossen ist, **die Remilitarisierung gegen den Willen des Volkes mit Gewalt durchzuführen.** Sie bricht dabei rücksichtslos das Grundgesetz. Sie mißachtet die Verfassungen der Länder. Sie mißachtet die Bürgerrechte und die persönliche Freiheit. So enthüllt sich vor unserem ganzen Volke der ungeheure Ernst der **Kriegsgefahr** und die Drohung einer **Diktatur.** Der von der Regierung Adenauer eingeschlagene Weg führt in den Untergang. Er würde den Verlust der Freiheit, unerhörtes Elend und schließlich den **Tod von Millionen deutscher Menschen** bedeuten.

Diesen Weg gehen wir nicht mit.

In dieser ernsten Stunde ruft das Präsidium des Hauptausschusses für Volksbefragung alle Deutschen auf:

Laßt Euch nicht das Recht der freien Meinungsäußerung und der Selbstbestimmung rauben!

Verstärkt den Kampf gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951!

Wir werden nicht schweigen. Wir vertrauen auf die Antwort des Volkes. Schützt die Verfassung! Schützt die Grundrechte der Demokratie!

Verteidigt die Freiheit und das Leben unseres Volkes!

X-DD 261
.4
.Z9
Incl "m"

1168

Die Erfolge der Bevölkerung der DDR auf dem friedlichen, demokratischen Weg

In der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Friedenskräfte die Staatsmacht in den Händen haben, gilt es nun, eine große Aufklärungsarbeit durchzuführen. Viele Menschen gibt es, die mit ihrer täglichen Arbeit so beschäftigt sind, daß sie die Bedrohung des friedlichen Aufbaus bei uns durch die Remilitaristen in Westdeutschland noch gar nicht genügend erkennen. Deshalb muß mit dem heutigen Tag begonnen werden, die Wahrheit über die Pläne der amerikanischen und westdeutschen Kriegstreiber und über die Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens bis in den kleinsten Betrieb, das entfernteste Haus, bis in den entlegensten Bauernhof zu tragen.

Alle sollen aus innerster Überzeugung mit **Ja** stimmen. Der Ausdruck des Willens zur Erhaltung des Friedens, das ist die Erfüllung des Plans, die Erhöhung unserer Leistungen, die Stärkung unserer demokratischen Staatsmacht. In diesem Sinne wollen wir auf **Friedenswacht** ziehen, das heißt, bessere Leistungen auf allen Gebieten vollbringen.

In Verbindung mit der Durchführung der **Volksbefragung** ist es notwendig, in den Versammlungen und Besprechungen zu berichten und die Meinung der Bevölkerung zu hören in bezug auf die Durchführung des im August vorigen Jahres beschlossenen Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Wir haben inzwischen eine große Zahl Gesetze und Verordnungen zur Durchführung dieses großen Programms beschlossen.

Das wichtigste Gesetz ist der Wirtschaftsplan für das erste Jahr des Fünfjahrplans. In den Versammlungen und Besprechungen aus Anlaß der Volksbefragung ist es notwendig, über die Erfahrungen bei der Durchführung dieser Gesetze und Verordnungen zu sprechen, die Fehler und Mängel aufzuzeigen und die Arbeit des Staats- und Wirtschaftsapparates zu verbessern. Wir können auf bedeutende Erfolge blicken. Im Jahre 1950 wurde der Plan der Bruttoproduktion mit 109 Prozent erfüllt. Der Plan des Warenumsatzes wurde mit 107,1 Prozent erfüllt. Die Einzelhandelspreise der HO für Lebensmittel wurden vom April 1950 bis Januar 1951 auf 57,4 Prozent, d. h. fast auf die Hälfte, gesenkt. Die HO erhöhte ihren Umsatz um 73,7 Prozent. Die Qualität der Waren, einschließlich der Lebensmittel, wurde bedeutend erhöht. Die Zahl der Berufsschulen wurde von 1679 auf 2169 mit insgesamt 882 000 Schülern erhöht. Der wirtschaftliche Aufschwung kann selbst von solchen ausländischen Beobachtern, die uns nicht wohlgesinnt sind, nicht mehr totgeschwiegen werden. Nach einer Mitteilung der „New York Herald Tribune" vom 28. April erklären westalliierte Beamte:

> **„daß im Jahre 1950 ein eindeutiger wirtschaftlicher Aufschwung im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik** festgestellt werden müsse".

Die erhöhte Produktion der Schwerindustrie, der chemischen und Maschinenindustrie, wird weiter festgestellt,

„gewährleistet die sichere Grundlage für die Hebung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik".

X-DD 261
4
Z9

Incl "n"

Die Erfolge der Bevölkerung der DDR auf dem friedlichen, demokratischen Weg

#69

In der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Friedenskräfte die Staatsmacht in den Händen haben, gilt es nun, eine große Aufklärungsarbeit durchzuführen. Viele Menschen gibt es, die mit ihrer täglichen Arbeit so beschäftigt sind, daß sie die Bedrohung des friedlichen Aufbaus bei uns durch die Remilitaristen in Westdeutschland noch gar nicht genügend erkennen. Deshalb muß mit dem heutigen Tag begonnen werden, die Wahrheit über die Pläne der amerikanischen und westdeutschen Kriegstreiber und über die Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens bis in den kleinsten Betrieb, das entfernteste Haus, bis in den entlegensten Bauernhof zu tragen.

Alle sollen aus innerster Überzeugung mit **Ja** stimmen. Der Ausdruck des Willens zur Erhaltung des Friedens, das ist die Erfüllung des Plans, die Erhöhung unserer Leistungen, die Stärkung unserer demokratischen Staatsmacht. In diesem Sinne wollen wir auf **Friedenswacht** ziehen, das heißt, bessere Leistungen auf allen Gebieten vollbringen.

In Verbindung mit der Durchführung der **Volksbefragung** ist es notwendig, in den Versammlungen und Besprechungen zu berichten und die Meinung der Bevölkerung zu hören in bezug auf die Durchführung des im August vorigen Jahres beschlossenen Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Wir haben inzwischen eine große Zahl Gesetze und Verordnungen zur Durchführung dieses großen Programms beschlossen.

Das wichtigste Gesetz ist der Wirtschaftsplan für das erste Jahr des Fünfjahrplans. In den Versammlungen und Besprechungen aus Anlaß der Volksbefragung ist es notwendig, über die Erfahrungen bei der Durchführung dieser Gesetze und Verordnungen zu sprechen, die Fehler und Mängel aufzuzeigen und die Arbeit des Staats- und Wirtschaftsapparates zu verbessern. Wir können auf bedeutende Erfolge blicken. Im Jahre 1950 wurde der Plan der Bruttoproduktion mit 109 Prozent erfüllt. Der Plan des Warenumsatzes wurde mit 107,1 Prozent erfüllt. Die Einzelhandelspreise der HO für Lebensmittel wurden vom April 1950 bis Januar 1951 auf 57,4 Prozent, d. h. fast auf die Hälfte, gesenkt. Die HO erhöhte ihren Umsatz um 73,7 Prozent. Die Qualität der Waren, einschließlich der Lebensmittel, wurde bedeutend erhöht. Die Zahl der Berufsschulen wurde von 1679 auf 2169 mit insgesamt 882 000 Schülern erhöht. Der wirtschaftliche Aufschwung kann selbst von solchen ausländischen Beobachtern, die uns nicht wohlgesinnt sind, nicht mehr totgeschwiegen werden. Nach einer Mitteilung der „New York Herald Tribune" vom 28. April erklären westalliierte Beamte:

> „daß im Jahre 1950 ein **eindeutiger wirtschaftlicher Aufschwung im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik** festgestellt werden müsse".

Die erhöhte Produktion der Schwerindustrie, der chemischen und Maschinenindustrie, wird weiter festgestellt,
„gewährleistet die sichere Grundlage für die Hebung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik".

X-DD 261
.4
.Z9
(4)
Incl Ag

#70

Die Erfolge der Bevölkerung der DDR auf dem friedlichen, demokratischen Weg

In der Deutschen Demokratischen Republik, wo die Friedenskräfte die Staatsmacht in den Händen haben, gilt es nun, eine große Aufklärungsarbeit durchzuführen. Viele Menschen gibt es, die mit ihrer täglichen Arbeit so beschäftigt sind, daß sie die Bedrohung des friedlichen Aufbaus bei uns durch die Remilitaristen in Westdeutschland noch gar nicht genügend erkennen. Deshalb muß mit dem heutigen Tag begonnen werden, die Wahrheit über die Pläne der amerikanischen und westdeutschen Kriegstreiber und über die Aufgaben im Kampf um die Erhaltung des Friedens bis in den kleinsten Betrieb, das entfernteste Haus, bis in den entlegensten Bauernhof zu tragen.

Alle sollen aus innerster Überzeugung mit **Ja** stimmen. Der Ausdruck des Willens zur Erhaltung des Friedens, das ist die Erfüllung des Plans, die Erhöhung unserer Leistungen, die Stärkung unserer demokratischen Staatsmacht. In diesem Sinne wollen wir auf **Friedenswacht** ziehen, das heißt, bessere Leistungen auf allen Gebieten vollbringen.

In Verbindung mit der Durchführung der **Volksbefragung** ist es notwendig, in den Versammlungen und Besprechungen zu berichten und die Meinung der Bevölkerung zu hören in bezug auf die Durchführung des im August vorigen Jahres beschlossenen Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Wir haben inzwischen eine große Zahl Gesetze und Verordnungen zur Durchführung dieses großen Programms beschlossen.

Das wichtigste Gesetz ist der Wirtschaftsplan für das erste Jahr des Fünfjahrplans. In den Versammlungen und Besprechungen aus Anlaß der Volksbefragung ist es notwendig, über die Erfahrungen bei der Durchführung dieser Gesetze und Verordnungen zu sprechen, die Fehler und Mängel aufzuzeigen und die Arbeit des Staats- und Wirtschaftsapparates zu verbessern. Wir können auf bedeutende Erfolge blicken. Im Jahre 1950 wurde der Plan der Bruttoproduktion mit 109 Prozent erfüllt. Der Plan des Warenumsatzes wurde mit 107,1 Prozent erfüllt. Die Einzelhandelspreise der HO für Lebensmittel wurden vom April 1950 bis Januar 1951 auf 57,4 Prozent, d. h. fast auf die Hälfte, gesenkt. Die HO erhöhte ihren Umsatz um 73,7 Prozent. Die Qualität der Waren, einschließlich der Lebensmittel, wurde bedeutend erhöht. Die Zahl der Berufsschulen wurde von 1679 auf 2169 mit insgesamt 882 000 Schülern erhöht. Der wirtschaftliche Aufschwung kann selbst von solchen ausländischen Beobachtern, die uns nicht wohlgesinnt sind, nicht mehr totgeschwiegen werden. Nach einer Mitteilung der „New York Herald Tribune" vom 28. April erklären westalliierte Beamte:

> „daß im Jahre 1950 **ein eindeutiger wirtschaftlicher Aufschwung im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik** festgestellt werden müsse".

Die erhöhte Produktion der Schwerindustrie, der chemischen und Maschinenindustrie, wird weiter festgestellt,

„gewährleistet die sichere Grundlage für die Hebung des Lebensstandards in der Deutschen Demokratischen Republik".

X-DD 261 3-OCT 25
Copy 1955
Encl "K"

K.

X-DD 261
.4
.Z9

#171

3 - OCT 2.
Copy 1955

Eine Frau spricht für Millionen Frauen!

Während im Westen unseres Vaterlandes die Kriegstreiber alles daran setzen, um aus dem „Kalten Krieg" einen „Heißen Krieg" zu machen, tagte vom 21. 2. bis 26. 2. 1951 in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, der Weltfriedensrat. Seine Beschlüsse zur Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens haben besonders für uns Deutsche entscheidende Bedeutung. In einem der ersten Punkte wird festgestellt, daß gerade Westdeutschland durch das verbrecherische Treiben der imperialistischen und deutschen Kriegshetzer den Hauptgefahrenherd für einen Dritten Weltkrieg darstellt.

Nach der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, die am 2. 3. 1951 Stellung zu den Beschlüssen des Weltfriedensrates nahm, befaßte sich der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland auf seiner Tagung am 5. 3. 1951 in Leipzig mit der Frage der Verwirklichung der Beschlüsse des Weltfriedensrates für ganz Deutschland. Auf der Tagung des Nationalrates ergriffen Menschen aus allen Teilen unseres zerstückelten Vaterlandes zu dieser Lebensfrage das Wort.

Im Namen der deutschen Mütter und Frauen sprach Frau Irmgard Spillner vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands zu der Frage des Kampfes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und für ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland. Ihre Worte gewinnen besondere Bedeutung durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 14. 3. 1951.

Als Antwort auf den offenen nationalen Verrat Adenauers und Schumachers nimmt jetzt das deutsche Volk über die Köpfe dieser Verräter hinweg sein Schicksal in die eigene Hand. Jedem Deutschen zeigen die Worte des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl den Weg im Kampf gegen die Remilitarisierung und für die friedliche Lösung der Deutschlandfrage im Jahre 1951.

Incl #5

#172

EINWOHNER BREMERHAVENS!

Soll Bremerhaven zum Rüstungsarsenal des 3. Weltkrieges werden?

3 - OCT 25
Copy 1955

X-DD 261

Soll Deutschland ein zweites Korea werden?

Allein in den letzten Tagen wurden im Kaiserhafen in Bremerhaven über 100 schwere Panzer und alle anderen Arten Kriegsmaterial entladen!

„Nordsee-Zeitung" vom 21. Mai 1951:

„Vorhut der vierten USA-Division nach Bremerhaven unterwegs.
4000 Offiziere und Mannschaften der vierten amerikanischen Infanterie-Division gingen am Sonnabend von New York aus nach Bremerhaven in See."

Das ist nur ein Teil der von Schumacher und Adenauer geforderten 100 000 amerikanischen Soldaten, die auf unsere Kosten in Grafenwöhr und in der Lüneburger Heide für den dritten Weltkrieg vorbereitet werden sollen.

Was bedeutet das alles für die deutsche Bevölkerung?
Was bedeutet das für Euch Bremerhavener?

5000 Wohnungen in Eurer Stadt sind von der Besatzungsmacht beschlagnahmt! Weitere Familien werden ihre Wohnungen verlassen müssen, denn die neuen Truppen brauchen Unterkünfte.
Denkt daran, daß bereits fast alle Brücken an Rhein und Ruhr und in Hamburg mit Sprengkammern versehen sind.

Die Kriegsvorbereitung wird bereits von uns bezahlt!

Jeder Deutsche, ob Greis oder Säugling, zahlt 1 D-Mark am Tag, also eine vierköpfige Familie 120 D-Mark im Monat, für den neuen Krieg. Morgen sollen wir mit unserem Leben und unserem letzten Hab und Gut zahlen. Unsere Söhne sollen den Waffenrock im Interesse der amerikanischen Kriegsgewinnler anziehen. Die Bonner haben Westdeutschland bereits in Wehrbezirkskommandos aufgeteilt und mit der Remilitarisierung begonnen. Adenauer spricht von der Wehrmacht, Dr. Schumacher von der Volksarmee. 15 deutsche Divisionen sollen unter dem Kommandostab der Hitlerofiziere aufgestellt werden. 37,5 Milliarden D-Mark kostet uns diese Söldnerarmee.

Frieden

verlangten die Bremerhavener Einwohner anläßlich der Militärparade am 19. Mai!

Incl AT

X-DD 261
.4
Z9
#73
3 - OCT 25
Copy 1955

Bitte lesen und weitergeben!

Die Legende von der europäischen Idee Eisenhowers

Ich möchte nun auf einige Argumente eingehen, die von den Remilitaristen verbreitet werden. Diese Leute behaupten zum Beispiel, die Remilitarisierung Westdeutschlands diene der „europäischen Idee". Aus den Erfahrungen seiner Reise in Westdeutschland hatte General Eisenhower die Schlußfolgerung gezogen, daß man der Bevölkerung Westdeutschlands und den Völkern Westeuropas die Kriegsvorbereitungen als ihre eigene Sache darstellen müsse. Diesem speziellen Zweck dient die Europa-Union. Es gibt in Westdeutschland naive Gemüter, die es als einen Erfolg buchen, daß Adenauer neben Vertretern anderer Länder im Europarat in Straßburg sitzen darf, als ob der Europarat etwas zu sagen hätte! Die „Europaidee" ist in Wirklichkeit die Idee des sehr uneuropäischen Herrn Truman, und über die Durchführung dieser Idee wird auf dem Petersberg und nicht in Straßburg bestimmt.

Während der Deutschen Demokratischen Republik von der Sowjetunion umfassende Rechte und Vollmachten auch auf dem Gebiete der Außenpolitik übergeben wurden, noch vor Bestehen eines Friedensvertrages für ganz Deutschland, wird in Westdeutschland die amerikanische Protektoratsherrschaft ständig verstärkt. Herr Adenauer durfte den Schumanplan unterzeichnen und das Herz der deutschen Wirtschaft, Kohle und Stahl an Ruhr und Rhein, der Kontrolle des amerikanischen Finanzkapitals ausliefern. Adenauer durfte die alten deutschen Auslandsschulden und die neuen Schulden anerkennen und ebenso die Annexion des Saargebietes durch die französischen Monopole. Er durfte der europäischen Zahlungsunion beitreten und dadurch die westdeutsche Wirtschaft noch mehr in Abhängigkeit vom amerikanischen, englischen und französischen Finanzkapital bringen.

Die Remilitaristen behaupten, es handelte sich „nur um einen deutschen Beitrag zur Europaverteidigung". Dieser Beitrag ist besonderer Art und unterscheidet sich vom Beitrag aller anderen Staaten. Der deutsche Beitrag besteht nämlich darin, den Boden Westdeutschlands als Kriegsschauplatz zur Verfügung zu stellen. Das ist eine eigenartige „europäische Verteidigung", die auf Befehl des Präsidenten Truman erfolgt und deren Kommando in den Händen des amerikanischen Generals Eisenhower liegt. Die Entsendung von amerikanischen Armeen und Luftdivisionen nach Westdeutschland und Westeuropa widerlegt die Legende von der „europäischen Verteidigung" und zeigt, daß es sich um eine Invasion der USA handelt; denn schließlich sind Westdeutschland oder Frankreich kein 49. Staat der USA. Die USA können auch nicht

Incl "U"

X-DD 261 3-OCT 25
Copy 1955

Europas Arbeiter unterstützen die Volksbefragung

#74

Nicht nur deutsche Menschen sind in ernster Sorge wegen der großen Gefahr, die über dem deutschen Volke infolge der amerikanischen Kriegsvorbereitungen schwebt.

Nicht nur deutsche Menschen sind es, die sich leidenschaftlich gegen die Remilitarisierung wehren und sie bekämpfen.

Auch die Völker Europas, die noch heute unter den Folgen des letzten Krieges zu leiden haben, erheben ihre Stimme gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

Es ist deshalb von außerordentlicher Bedeutung, wenn die Vertreter der Arbeiter aller europäischen Völker in dieser Stunde zum aktiven Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen aufrufen, um auf der Grundlage der Solidarität den Kampf des deutschen Volkes gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 zu unterstützen.

Das Europäische Arbeiterkomitee hat zur Volksbefragung in Deutschland einen bedeutsamen Aufruf erlassen

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Weder die Besatzungsmächte, noch die von ihnen abhängige Regierung Adenauer können über die Remilitarisierung Deutschlands, die sie vornehmen, indem sie den Friedenswillen des deutschen Volkes verletzen, entscheiden. Das deutsche Volk muß selbst darüber befragt werden, deshalb unterstützen die Werktätigen ganz Europas im Namen des Friedens und der Demokratie das deutsche Volk, das eine Volksbefragung über die Remilitarisierung fordert", so heißt es in der Entschließung, die von den Delegierten der Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter Europas auf der Europäischen Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands in Berlin gefaßt wurde.

Ihre eigene Verfassung mißachtend, will die Adenauer-Regierung der Bonner Bundesrepublik, die von der werktätigen Bevölkerung geforderte Volksbefragung unterdrücken. Damit will die Adenauer-Regierung der Bevölkerung in Westdeutschland das Recht verweigern, über ihr eigenes Leben zu entscheiden. Das deutsche Volk aber verteidigt dieses Recht und führt die Volksbefragung dennoch durch!

Deutsche Arbeiterinnen und Arbeiter!

Bei der Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands steht ihr nicht allein! Neben euch stehen in brüderlicher Solidarität und Kampfverbundenheit die Werktätigen Europas, deren Vertrauen ihr besitzt. Es liegt jetzt an euch, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Stellt euch an die Spitze des Kampfes gegen die Remilitarisierung, an die Spitze der Volksbefragung!

Werktätige Westdeutschlands!

Mit dem Verbot der Volksbefragung will die Adenauer-Regierung euer Bekenntnis zum Frieden unterdrücken. Unter amerikanischer Führung soll das Programm des deutschen

8 OCT 25 Copy 1956 #175

Erklärung

In außerordentlicher Tagung beschloß das Präsidium des Hauptausschusses für Volksbefragung einstimmig folgende Erklärung:

1. Die Behauptung, daß wir unter dem Einfluß einer ausländischen Macht oder irgendeiner Partei handeln, weisen wir als Lüge zurück. Wir beobachten jedoch mit wachsender Besorgnis, daß die Bundespolitik mehr und mehr unter den Einfluß ausländischer Interessen gerät

2. Kriege sind Barbarei und nichts als Barbarei Kriege sind völlig ungeeignet, politische Streitfragen zu lösen Das hat die Geschichte bewiesen Wir widerstreben dem Krieg. Wir widerstreben der Vorbereitung des Krieges.

   Im Namen der Menschheit und im Namen der Menschlichkeit treten wir für den Frieden und für eine friedliche Verständigung der Völker ein.

3. Die Parole: „Wer den Frieden will, der rüste zum Krieg!" hat sich in der Vergangenheit als ein verhängnisvoller Irrtum erwiesen. Wer zum Krieg rüstet, der schwächt die zivile Güterversorgung, der führt Warenverknappung und Preissteigerung herbei, der vermehrt die soziale Not, der verschärft die sozialen Gegensätze. Wer zum Krieg rüstet, der ruft schließlich die Diktatur herbei.

   Wer zum Krieg rüstet, der nährt die politische Unruhe der Welt, der stärkt das Mißtrauen und die politischen Gegensätze zwischen den Völkern Wer zum Krieg rüstet, der zwingt schließlich den Krieg herbei.

4. Es geht also um die Wohlfahrt, ja es geht um Leben oder Tod unseres Volkes

   Darum sind wir gegen die Remilitarisierung ganz Deutschlands — Ost- und Westdeutschlands. Darum haben wir alle deutschen Männer und Frauen und insbesondere die deutsche Jugend aufgerufen, der Remilitarisierung zu widerstehen

   Wir fordern eine Volksbefragung!

   Eine Volksbefragung durchzuführen, wäre eigentlich Sache der Regierung Da die Regierung Westdeutschlands die Volksbefragung aber nicht will wollen wir selbst sie in die Wege leiten Verbietet die Regierung Westdeutschlands die Volksbefragung, so zeigt sie, daß sie sich bereits im Gegensatz zur Demokratie empfindet. Denn die Volksbefragung gehört zu den Grundrechten der Demokratie.

5. Wer dem Frieden dient, wird gekreuzigt. Wer dem Kriege dient, wird mit Ehren überhäuft. Das ist bekannt Darum wußten wir im voraus, daß unsere Bewegung totgeschwiegen oder mißdeutet und daß wir persönlich diffamiert werden würden Das durfte uns aber nicht abhalten Das kann uns auch jetzt nicht erschüttern. Wir handeln aus innerer Verpflichtung, wir handeln auf Ehre und Gewissen. Die wachsende Zahl der Zustimmungen bezeugt es:

Das Volk hat uns verstanden.

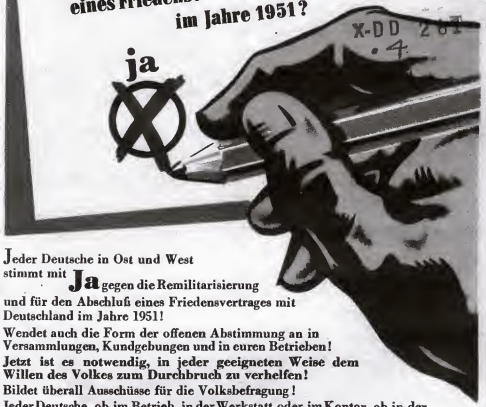
X-DD 261
.4
.Z9

Copy 1955

Abstimmungsschein

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

X-DD 261
.4



Jeder Deutsche in Ost und West stimmt mit **Ja** gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951!

Wendet auch die Form der offenen Abstimmung an in Versammlungen, Kundgebungen und in euren Betrieben!

Jetzt ist es notwendig, in jeder geeigneten Weise dem Willen des Volkes zum Durchbruch zu verhelfen!

Bildet überall Ausschüsse für die Volksbefragung!

Jeder Deutsche, ob im Betrieb, in der Werkstatt oder im Kontor, ob in der Schule, auf der Kanzel, im Haus oder auf der Straße, auf dem Feld, verkünde die Botschaft:

Die Stunde der deutschen Verantwortung ist da. Wir wollen keinen neuen Krieg!

Der Friede muß siegen, damit Deutschland lebt und das Vaterland gerettet wird!

Beginnt überall mit der Abstimmung!

Incl # 18

I. Mai

Marburger Bürger

Studenten der Marburger Universität. Jugend von Marburg.

#77

Ein Schaden von 2o ooo DM entstand unserer Stadt durch e i n e fra nzösische Panzerparade.

Landrat und Bürgermeister standen mit den Offizieren der Besatzungsmacht auf der Freitreppe des Museums und sahen ohne ein Wort des Widerspruchs zu.

Kriegsvorbereitungen bedrohen unsere Heimat und unser Leben.

Remilitarisierung bedeutet Krieg

Protestiert gegen die Zerstörung unserer Strassen und den Missbrauch unserer Kulturstätten.

Fordert den Abzug aller Besatzungstruppen.

Fordert eine Volksbefragung über die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages im Jahre 1951

Es lebe der 1. Mai der Kampftag für Frieden und Völkerverständigung.
Es lebe das einheitliche, unabhängige, friedliebende, demokratische Deutschland.

X-DD 261
.4
Z9

Exhibit A

To: EUCOM

File: X-500.1

#78

Deutsches Friedenskomitee

Berlin W 8, im April 1951
Taubenstr.1

3 OCT 25
Copy 1955

X-DD 267
4-29

Werte Freunde !

Anbei übersenden wir Ihnen die Nr. 24 der internationalen Zeitschrift "Der Frieden". Der Inhalt beweist, warum und in welchem Maße die friedliebenden Völker der Welt an der Verhinderung der Remilitarisierung Deutschlands interessiert sind und zeigt die große Verantwortung jedes einzelnen Deutschen für die Erhaltung des Friedens.

Die Berichte von den Beratungen des Weltfriedensrates vermitteln einen starken Eindruck von der Verschiedenartigkeit der Weltanschauungen und Ansichten der Friedensfreunde, die sich aber in einem einig sind: in der Frage der Erhaltung des Friedens.

In diesem Zusammenhange wird Sie sicherlich die Schrift "Die Stimme der Christenheit im Weltfriedensrat" interessieren, in der Geistliche aller Konfessionen und Länder in aller Freiheit und Offenheit ihre christliche Überzeugung zum Ausdruck brachten.

Außerdem geben wir einen Informationsdienst heraus, in dem besonders die Fragen der Remilitarisierung in Westdeutschland und vor allem der Volksbewegung gegen die Remilitarisierung behandelt werden. Um diesem ein lebendiges Bild zu geben, bitten wir Sie höflichst um Ihre werte Mitarbeit. Dazu sind keine langen Artikel notwendig, sondern es genügen auch kurzgefaßte konkrete Angaben.

Mit freundschaftlichen Grüßen !

3 Anlagen.

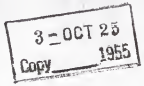
M. Benecke

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Berlin (ADN). Am Freitag, dem 1. Dezember 1950, nachmittags 16.15 Uhr, ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages, sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde. Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.



3 - OCT 25
Copy 1955

X-DD 261 .4 .Z9

#79

Fischhandwerker-Innung Berlin,
Berlin NW 7,Neust.Kirchstr.4/5.

Berlin, den 10.1.1951

3.

Lieber Kollege,

auf Veranlassung des Magistrats von Groß-Berlin,Abteilung Wirtschaft, Ressort Handwerk, erlauben wir uns Ihnen in der Anlage zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme Abdruck des Briefes zu übersenden, den Ministerpräsident Grotewohl zwecks Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege an Dr.Adenauer kürzlich gerichtet hat.

Wir nehmen an, daß Sie mit uns der gleichen Auffassung sind und sich dafür einsetzen, daß wir gemeinsam für die Wiederherstellung des von uns allen heißersehnten Friedens einstehen werden.

Mit kollegialem Gruß!

1 Anlage.

(over)

X-DD 261
.4
.Z9
#80
8 OCT 25
COPY 1955

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik nahm am 30. Januar 1951 in einer Sitzung zu der Erklärung Dr. Adenauers Stellung, mit der er den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl

- DEUTSCHE AN EINEN TISCH

abgelehnt hat.

Getragen von der Verantwortung gegenüber Gesamtdeutschland, dessen Bevölkerung in West und Ost einmütig das Deutsche Gespräch fordert, stimmten alle Fraktionen der Volkskammer dem Appell an den Bundestag in Bonn zu.

Der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Strowx, sprach im Auftrage aller Parteien und Massenorganisationen, als er erklärte:

„Der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fällt in dieser Situation die historische Verpflichtung zu, den Brüdern und Schwestern im Westen Deutschlands erneut die Hand darzubieten."

Appell der Volkskammer

der Deutschen Demokratischen Republik

an den

Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik billigt die Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die in dem Briefe des Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 30. November 1950 Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag unterbreitete, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufzunehmen. Diese Initiative diente dem Zweck, zur Erhaltung des Friedens, zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages eine Verständigung der Deutschen selbst herbeizuführen. Es **wurde vorgeschlagen, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat einzuberufen, um die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung und die Bedingungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung vorzubereiten.** Bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sollte der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat den

#81

3 - OCT 25
COPY 1955

Die Forderung aller Deutschen:

Gebt uns endlich unseren Friedensvertrag!

In einer außerordentlichen Sitzung des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik am 13. 2. 1952 wies Ministerpräsident Grotewohl auf die große Gefahr hin, die für den Frieden und die Existenz Deutschlands aus der Remilitarisierung Westdeutschlands erwächst. Der Ministerpräsident schlug vor, sich an die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie der Republik Frankreich mit der Bitte zu wenden, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. Es wurde beschlossen, Schreiben folgenden Inhalts den Vertretern der vier Großmächte in Berlin zu übermitteln:

In einem für Deutschland äußerst ernsten Augenblick wendet sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in großer Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes an die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich mit der Bitte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.

Obwohl nahezu sieben Jahre seit der Kapitulation Hitlerdeutschlands vergangen sind, hat Deutschland bis jetzt noch keinen Friedensvertrag, auf den es ein Recht besitzt. Deutschland ist gespalten, und das deutsche Volk hat gegenwärtig nicht die Möglichkeit, seinen eigenen, einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Staat aufzubauen.

Die alliierten Mächte haben in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz dem deutschen Volke einen Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zugesichert und ihm die Möglichkeit gezeigt, in Zukunft einen würdigen Platz in der Familie der friedliebenden Völker der Welt einzunehmen.

Das deutsche Volk ist sich seiner Schuld aus dem Hitlerkriege voll bewußt; es glaubt jedoch nicht, daß es gerecht behandelt wird.

Das deutsche Volk ist von dem Wunsch und Willen nach Frieden, nach seiner staatlichen und wirtschaftlichen Einheit durchdrungen. Es will in friedlicher Verbundenheit mit den Völkern der Welt leben und durch den

X-DD 261
.4
.Z9

Incl: 4

X-DD 261
3-OCT 23
Copy
#82

Birkenkreuze oder Wohlstand?

Bei uns in Westdeutschland läuft die Zulieferindustrie für den amerikanischen Krieg gegen die friedliebende Welt auf vollen Touren. Die Opelwerke z. B. erzielten für ihre amerikanischen Besitzer, den Rüstungskonzern General-Motors, bereits im abgelaufenen Jahr einen Bruttogewinn von 158 Millionen Westmark, das ist fast das Doppelte ihres Aktienkapitals. Die Nachfolgegesellschaften der früheren IG-Farben AG. arbeiten für die Vorbereitung des dritten Weltkrieges ebenso wie seinerzeit für die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

Den alten Monopolisten, den Pferdmenges, Dinkelbach, Kost usw., heute wie früher die Gewaltigen an Ruhr und Rhein, geht es glänzend: sie sind Geschäftspartner der amerikanischen Imperialisten. Sie erhalten zum Ausbau ihrer Industrieanlagen jetzt eine volle Milliarde Westmark aus den Mitteln der Konsumgüter-Industrie, die natürlich beabsichtigt, diese Summe durch Erhöhung ihrer Preise wieder hereinzuholen.

Wer hat den Nutzen von diesem Rüstungsgeschäft? Nur die Remilitaristen und die Todesfabrikanten.

6
3 - OCT 2
Copy 1955
X-DD 261
.4
.Z9 H83

An den
Präsidenten der Bundesrepublik

Herrn Prof. Dr. Heuß
Bonn

6

X-DD 261
.4
.Z9
3-OCT 25
1955
2

Appell an den Bundestag

Entschließung aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

Die Mitglieder der Deutschen Volkskammer billigen die Erklärung des Ministerpräsidenten in der heutigen außerordentlichen Sitzung und beschließen den nachfolgenden Appell an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland.

Über unsere Heimat ist eine drohende Gefahr heraufgezogen. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, daß die Verweigerung eines Friedensvertrages für Deutschland, die weitere Fortsetzung der Remilitarisierung und die Aufrechterhaltung der Spaltung unseres Vaterlandes zum Kriege führen.

Wird aber Deutschland in einen neuen Krieg hineingezogen, dann wird unsere Heimat zum Schlachtfeld, zu einer grauen Zone der Vernichtung, und Millionen deutscher Menschen, besonders der deutschen Jugend, werden zugrunde gehen. Das würde ein brudermörderischer Krieg Deutscher gegen Deutsche sein.

Aber das ganze deutsche Volk, alle deutschen Menschen guten Willens wollen den Frieden und eine friedliche Lösung der Lebensfragen unserer Nation.

Es ist das Recht und der Wille des Volkes, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, den Frieden zu erhalten und den wirtschaft-

I.

3-OCT 23
Copy 1955

X-DD 261
.4
.Z9 #85

Die deutsche Jugend Vorbild im Kampf um Frieden und Einheit

Die deutsche Jugend will in Frieden, Einheit und wahrer Demokratie, in Völkerfreundschaft und allgemeinem Wohlstand aufwachsen und leben. Sie will ihre geistigen und körperlichen Kräfte zum Wohl eines friedliebenden Deutschland und damit der ganzen Welt frei entfalten.

Unsere Jugend will im Frieden lernen und arbeiten, sie will nicht im imperialistischen Krieg für die Interessen der Milliardäre im Massengrab enden. Dieser Wille unserer Jugend findet am besten seinen Ausdruck in ihrer Losung:

„Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens."

Als Sprecher der Freien Deutschen Jugend und im Interesse der gesamten Jugend Deutschlands ergriff Erich Honecker auf der 7. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Leipzig das Wort. In seinem Diskussionsbeitrag zeigt er durch konkrete Beispiele, wie die deutsche Jugend sich gegen Remilitarisierung und nationale Unterdrückung wehrt. Er weist den Weg, den unsere Jugend unbeirrt beschreiten muß, um ihren Beitrag im gesamtdeutschen Kampf um den Fortbestand unserer Nation zu leisten.

In der neuen, entscheidenden Phase des Kampfes um den Frieden und die Einheit Deutschlands wird unsere Jugend angeleitet von den Beschlüssen des Weltfriedensrates, dem Volkskammerappell an die Bonner Bundesregierung und der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 14. März 1951.

Sie wird, besonders dem Appell des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl folgend, dazu beitragen, daß das deutsche Volk über die Verräter von Bonn hinweg noch in diesem Jahr seine Lebensfragen selbst erfolgreich regelt.

Der Diskussionsbeitrag Erich Honeckers auf der Nationalratstagung hatte folgenden Wortlaut:

Mit großer Anteilnahme hat die deutsche Jugend die für die Erhaltung und Sicherung des Friedens so bedeutungsvolle Tagung des Weltfriedensrates verfolgt. In zahlreichen Stellungnahmen und Verpflichtungen kommt der Wille zum Ausdruck, in Vorbereitung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten,

Encl #3

#186

3 OCT 25
Copy 1955

Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen

X-DD 261
.4
.Z9

Die große Rede
des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht
vor der Volkskammer am 9. Mai 1951

Die Volksbefragung ist zur vordringlichen Aufgabe des ganzen Volkes geworden

Incl AAK

X-DD 261
.4
.Z7 #187

Werktätige Westdeutschlands!

Vorwärts im Kampf für die friedliche Lösung der Deutschlandfrage im Jahre 1951!

aat

#22 I

Tatsachen und Dokumente

3-OCT 25
Copy 1955

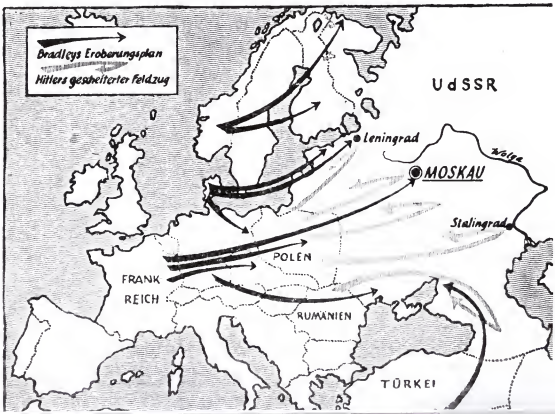
Zur Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung in Westdeutschland

Anhang:

- Das Stalin-Interview vom Februar 1951
- Vier Dokumente des Weltfriedensrates (vom 21. bis 26. Februar 1951 in Berlin)

X-DD 261
.4
.Z9

Bei dieser geplanten Aggression Eisenhowers wird Deutschland ausgelöscht werden



Der vom USA-General Bradley dem Atlantik - Generalstab vorgelegte Offensiv-Plan

(Nach der französischen Zeitschrift „France-Hebdo")

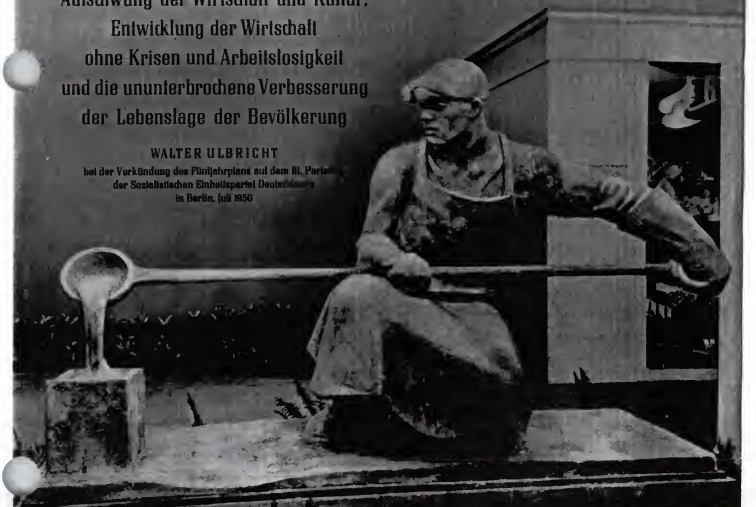
Unser Fünfjahrplan

der friedliche Weg Deutschlands

X-DD 26
#89

Der Fünfjahrplan
gewährleistet einen bisher ungeahnten
Aufschwung der Wirtschaft und Kultur.
Entwicklung der Wirtschaft
ohne Krisen und Arbeitslosigkeit
und die ununterbrochene Verbesserung
der Lebenslage der Bevölkerung

WALTER ULBRICHT
bei der Verkündung des Fünfjahrplans auf dem III. Parteitag
der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
in Berlin, Juli 1950



Ausstellung »Unser Fünfjahrplan«, Erfurt, 6. Okt. bis 4. Nov. 1951

X-DD 261
.4
.Z9
11. 5. 51
#90

3 - OCT 25
Copy 1955

Liebe Brüder und Schwestern!

Die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik hat seit ihrer Gründung die Sicherung des Friedens in unserem Vaterlande und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als ihre vordringlichste politische Aufgabe angesehen. Sie hat aus diesem Grunde alle Bemühungen unterstützt, die dazu geeignet waren, die friedliche, demokratische Entwicklung des deutschen Volkes zu fördern. Ein wesentlicher Beitrag hierzu ist ein vorbehaltloses und vorurteilsfreies Gespräch zwischen Menschen aus dem Osten und dem Westen unseres Vaterlandes, liegt dieses Gespräch doch im ureigensten Interesse aller Deutschen.

Die Erklärung der Bundesregierung und die Entschließung des Bundestages vom 9. 3. 1951 schließen für die politischen Machthaber Westdeutschlands die Möglichkeit eines solchen Gesprächs bewußt aus. Während Ministerpräsident Grotewohl in seinem Brief an Herrn Dr. Adenauer, während die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem wiederholten Appell an den Bonner Bundestag mit unserer ausdrücklichen Billigung zum Gesamtdeutschen Gespräch aufrufen, ist aus Bonn nunmehr eine völlige Absage gekommen. Wir wollten ein Gespräch zwischen deutschen Menschen, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Bonn aber zieht sich auf Vorbedingungen zurück, weil es dort Kräfte gibt, denen der Auftrag ihrer Besatzungsmächte höher steht als das gesamtdeutsche Interesse.

Verantwortungsbewußtsein für friedlichen Zukunftsweg

In dieser Situation wendet sich die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik an Sie, in der Erkenntnis, daß gerade unter den Christen im Westen unseres Vaterlandes ohne Unterschied der Konfession das politische Verantwortungsbewußtsein für einen friedlichen Zukunftsweg unseres Volkes ständig im Wachsen begriffen ist. Wir haben seit langem vor einer Entwicklung gewarnt, die über die Eingliederung Westdeutschlands in den wirtschaftlichen Machtbereich und das aggressive Paktsystem des Westens automatisch zu einem Mißbrauch deutscher Menschen als Rüstungsarbeiter und Söldner im Rahmen neuer Kriegsvorbereitungen führen muß. Die seit der New-Yorker Außenministerkonferenz der Westmächte im September vorigen Jahres eingetretenen Ereignisse haben unsere Warnungen bestätigt und mit aller Klarheit gezeigt, daß die Unterbrechung dieser verhängnisvollen Entwicklung Aufgabe aller friedliebenden Menschen geworden ist.

30 OCT 25
Copy
X-DD 261
.4
.Z9
#91

Liebe Brüder und Schwestern!

Die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik hat seit ihrer Gründung die Sicherung des Friedens in unserem Vaterlande und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als ihre vordringlichste politische Aufgabe angesehen. Sie hat aus diesem Grunde alle Bemühungen unterstützt, die dazu geeignet waren, die friedliche, demokratische Entwicklung des deutschen Volkes zu fördern. Ein wesentlicher Beitrag hierzu ist ein vorbehaltloses und vorurteilsfreies Gespräch zwischen Menschen aus dem Osten und dem Westen unseres Vaterlandes, liegt dieses Gespräch doch im ureigensten Interesse aller Deutschen.

Die Erklärung der Bundesregierung und die Entschließung des Bundestages vom 9. 3. 1951 schließen für die politischen Machthaber Westdeutschlands die Möglichkeit eines solchen Gesprächs bewußt aus. Während Ministerpräsident Grotewohl in seinem Brief an Herrn Dr. Adenauer, während die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrem wiederholten Appell an den Bonner Bundestag mit unserer ausdrücklichen Billigung zum Gesamtdeutschen Gespräch aufrufen, ist aus Bonn nunmehr eine völlige Absage gekommen. Wir wollten ein Gespräch zwischen deutschen Menschen, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Bonn aber zieht sich auf Vorbedingungen zurück, weil es dort Kräfte gibt, denen der Auftrag ihrer Besatzungsmächte höher steht als das gesamtdeutsche Interesse.

Verantwortungsbewußtsein für friedlichen Zukunftsweg

In dieser Situation wendet sich die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik an Sie, in der Erkenntnis, daß gerade unter den Christen im Westen unseres Vaterlandes ohne Unterschied der Konfession das politische Verantwortungsbewußtsein für einen friedlichen Zukunftsweg unseres Volkes ständig im Wachsen begriffen ist. Wir haben seit langem vor einer Entwicklung gewarnt, die über die Eingliederung Westdeutschlands in den wirtschaftlichen Machtbereich und das aggressive Paktsystem des Westens automatisch zu einem Mißbrauch deutscher Menschen als Rüstungsarbeiter und Söldner im Rahmen neuer Kriegsvorbereitungen führen muß. Die seit der New-Yorker Außenministerkonferenz der Westmächte im September vorigen Jahres eingetretenen Ereignisse haben unsere Warnungen bestätigt und mit aller Klarheit gezeigt, daß die Unterbrechung dieser verhängnisvollen Entwicklung Aufgabe aller friedliebenden Menschen geworden ist.

3 - OCT 55

X-DD 261
.4
.Z9

Deutsche, an einen Tisch!

Gemeinsame Erklärung
aller Fraktionen der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik

zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Durchführung des Vorschlages der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates

Appell
der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik billigt die Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die in dem Briefe des Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 30. November 1950 Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer den Vorschlag unterbreitete, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aufzunehmen

Diese Initiative diente dem Zweck, zur Erhaltung des Friedens, zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages eine Verständigung der Deutschen selbst herbeizuführen. Es wurde vorgeschlagen, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat einzuberufen, um die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung und die Bedingungen für die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung vorzubereiten. Bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sollte der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten.

Diese Initiative der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurde vom ganzen deutschen Volke unterstützt, das eine Verständigung zwischen den Deutschen in Ost und West herbeisehnt und in der raschen Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes den Weg sieht, die mit einer Remilitarisierung und der Kriegsvorbereitung verbundene tödliche Gefahr von unserem Volke abzuwenden.

Ungeachtet des klaren Willens des deutschen Volkes zu Frieden, Einheit und nationaler Unabhängigkeit hat Bundeskanzler Dr. Adenauer seine Antwort auf das Verständigungsangebot des Herrn Ministerpräsidenten Otto Grotewohl verzögert, um inzwischen bedeutende Maßnahmen zur Wiederaufstellung einer deutschen Wehrmacht und zur Wiedererrichtung der deutschen Kriegsproduktion durchzuführen.

In seiner Erklärung vor einer Pressekonferenz am 15. Januar 1951 hat Dr. Adenauer den Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik abgelehnt. Damit hat er bewiesen, daß er eine Politik der Revanche und des Militarismus verfolgt, die das deutsche Volk unweigerlich in die Katastrophe führen muß. Durch diese Revanchepolitik und die Remilitarisierung Westdeutschlands beweist er, daß er nicht imstande ist, die nationalen Interessen des deutschen Volkes zu wahren, weil er eng mit ausländischen imperialistischen Kriegstreibern verbunden ist.

Die deutschen Männer und Frauen sind sich der großen Gefahr bewußt, die ihnen durch die Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung droht. Das deutsche Volk will die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Es fordert darum die Anspannung aller Kräfte, um eine Einigung der Deutschen zur Wahrnehmung der Lebensinteressen unseres Volkes zu erzielen.

Int. 9 #93

Ein notwendiges Wort an den Heiligen Vater

X-DD 261
.4
.Z9

3 OCT 25

Liebe Brüder und Schwestern in Christo!

Bitte gestatten Sie mir, daß ich Sie so anrede, denn wenn ich das tue, so möchte ich als Tatchrist die Verbrüderung aller Menschen, aller Völker wirklich beispielhaft in die Praxis umsetzen. Nur deshalb spreche ich.

Ich bin Katholik und stehe vor Euch, liebe Brüder und Schwestern, als Ehrenkanzler der Liga Universalis Christiana. Ich möchte die Gelegenheit ergreifen und bitte Sie, mir zu gestatten, ein notwendiges Wort an den Heiligen Vater in Rom zu richten. Ich tue das als demütiger Christ, und zwar deshalb, weil wir Katholiken — aber nicht nur wir Katholiken, sondern alle Christen — in eine außerordentlich schwierige Gewissenssituation hineingedrängt worden sind, und zwar nicht durch unsere Schuld.

Der Heilige Vater hat in seiner Erklärung vom 24. Dezember 1945 gesprochen:

> „Wenn jemals eine Generation den Schrei ‚Krieg dem Kriege', der aus der Tiefe ihres Gewissens entsteht, vernehmen mußte, dann ist es gewiß die unsere. Sie ist durch einen Ozean von Blut und Tränen geschritten, wie ihn vielleicht keine Zeit vorher gekannt hat, und sie hat die unaussprechlichen Grausamkeiten so intensiv erlebt, daß das Andenken und der Schrecken in ihrem Gedächtnis und in dem Grunde ihrer Seele eingegraben bleiben werden wie das Bild einer Hölle."

Liebe Brüder und Schwestern in Christo! Ob katholisch oder evangelisch, Baptist oder Methodist, oder wie Ihr den Namen Christi verehrt — wir haben uns alle gefreut, als wir diese Worte des Heiligen Vaters nicht nur gehört, sondern auch an diese geglaubt haben. Und in diesem Glauben haben Millionen von Katholiken den Stockholmer Friedensappell unterschrieben und haben geglaubt, in voller Übereinstimmung mit dem Heiligen Vater für den Frieden der Welt in Christo, für den Frieden, den die Kirche will, etwas Gutes zu tun. Und was ist hinterher geschehen? Nicht nur wir Katholiken, sondern auch evangelische Christen sind dafür, daß sie den Mut gehabt haben, den Stockholmer Appell zu unterschreiben, als „Kommunisten" beschimpft worden. (Pfui-Rufe.)

Aber stehen wir denn nicht heute bereits vor der Tatsache, daß Millionen von Menschen in Staaten leben, welche eine sogenannte kommunistische Regierung haben? Ja, kann denn dann das Wort Kommunist ein Schimpfwort sein? Wenn Gott der Herr, der Allmächtige, eine solche Entwicklung zuläßt und zugelassen hat, daß wir heute vor der Tatsache stehen, daß wir mächtige kommunistische Staatengebilde haben wie die Sowjetunion und China, hat dann irgendein Priester das Recht — und sei es der höchste Priester in Rom —, hat er vor Gott das Recht, was Gott zugelassen hat, in einer solchen Weise zu kritisieren, wie das leider geschieht?

Liebe Brüder und Schwestern in Christo! Ich weiß, daß heute Millionen von Katholiken darauf warten, der Heilige Vater möge doch erklären, daß das Wort „Kommunist" kein Schimpfwort sein kann, in der Erinnerung, daß das Urchristentum sich ohne den Kommunismus überhaupt nicht denken ließ. (Beifall.)

Und nun eine ganz kurze Bitte an den Heiligen Vater: Er möge doch vor der ganzen Welt erklären, daß die Unterschriften unter dem Stockholmer Friedensappell, ganz gelinde gesagt, keine Sünde seien und daß er keinem Katholiken verbietet, diesen Appell zu unterschreiben. (Starker Beifall.)

Ich gehe noch viel weiter: Wenn der Heilige Vater sich entschließen könnte, selbst den Appell zu unterschreiben, dann glaube ich, daß wir keinen dritten Weltkrieg bekommen würden. (Stürmischer Beifall.)

Der heilige Geist möge dem Heiligen Vater eingeben, allen Bischöfen zu befehlen, daß kein gläubiger Katholik deshalb beschimpft werden darf, weil er den Stockholmer Friedensappell unterzeichnet hat. Dazu helfe uns Gott. Amen. (Langanhaltender Beifall.)

Prof. Lüdke, Ehrenkanzler der Una Sancta
auf der Essener Konferenz gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung.

Der Kampf um den Frieden ist das höchste Gebot eines jeden Christen. Er verbindet sich in Deutschland untrennbar mit dem Kampf um ein einiges, demokratisches Vaterland.

Deshalb für den Frieden — gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands!

Deutsche an einen Tisch!

E/406 - 100 - 231 (49364/51)

Once #11

X-DD 261
.4
.29
#94

Deutsche Männer, deutsche Frauen, deutsche Jugend!

Unser Vaterland ist aufs neue vom Kriege bedroht. Gegen den Willen der friedliebenden Bevölkerung werden deutsche Militärverbände aufgestellt, wird die Rüstungsproduktion wieder in Gang gebracht. Dadurch wird der Frieden und die Zukunft unseres Volkes gefährdet. Die Remilitarisierung ist heute schon wachsende Not und wird morgen Krieg und Vernichtung sein.

Von dieser Erkenntnis geleitet, beschlossen 1700 Delegierte im Namen von Millionen Deutschen am 28. Januar 1951 auf dem Essener Kongreß einstimmig, die Bundesregierung aufzufordern, eine Volksbefragung durchzuführen, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, auf Grund ihres demokratischen verfassungsgemäßen Rechtes zu entscheiden, ob sie für oder gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages ist.

Eine dort gewählte Abordnung hat der Bundeskanzler am Tage darauf in Bonn den beschlossenen Antrag überreicht.

Die Abmachung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer mit General Eisenhower über die Durchführung einer Wiederaufrüstung war eine klare Ablehnung dieses Anliegens der deutschen Bevölkerung.

Das deutsche Volk aber wird sich auf keinen Fall eine Wiederaufrüstung aufzwingen lassen, denn sie führt in sicheres Verderben. Remilitarisierung bedeutet Krieg, Entmilitarisierung aber bedeutet Frieden und eine glückliche Zukunft.

Da die Regierung gegen den Willen des Volkes und in schärfstem Widerspruch zu den demokratischen Grundrechten die Durchführung einer Volksbefragung ablehnt, muß das Volk selbst entscheiden.

Jeder muß darum nach seinem Gewissen, nach seiner Verantwortung und aus seiner Liebe zu Deutschland folgende Frage mit „Ja" beantworten:

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

In Uebereinstimmung mit dem Willen aller Kreise und Schichten, die den Krieg ablehnen, fordern wir Unterzeichner des Aufrufes dazu auf, sofort mit der Vorbereitung der Volksbefragung zu beginnen.

Nehmt also überall in Aussprachen, Versammlungen und Beratungen zu dieser Aufgabe Stellung. Bildet sofort in allen Ländern, Kreisen, in Städten und Dörfern, Betrieben, Hochschulen und Verwaltungen Ausschüsse zur Volksbefragung.

Der Krieg bedroht alle Deutschen, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, ohne Unterschied des Standes oder Berufes.

Daher muß auch das ganze deutsche Volk ohne Unterschied des Glaubens, der Weltanschauung und der Partei in den Ausschüssen der Volksbefragung vertreten sein. Alle friedliebenden Deutschen haben die Pflicht, überall solche Ausschüsse ins Leben zu rufen.

Die Vertreter aller Schichten der Bevölkerung, die führenden Persönlichkeiten des politischen, gewerkschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens fordern wir auf, diesen Aufruf an das Gewissen der Nation durch ihre Unterschrift zu bekräftigen.

Das deutsche Volk hat ein Recht auf den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages, damit es ohne Besatzungstruppen und ohne Okkupationsbehörden über sein Schicksal selbst bestimmen kann.

Die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages muß und wird zu einem großen Sieg über den Krieg führen.

Das deutsche Volk hat jetzt das Wort: In seiner Hand liegt eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung.

Hauptausschuß für Volksbefragung

#95
3 OCT 25
Copy 1955

Die Volksbefragung beginnt!

X-DD 261
.4
.Z9

Der Aufruf zur Vorbereitung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 hat die Zustimmung der breitesten Kreise der Bevölkerung gefunden.

So versammelten sich am 28. Januar 1951 in Essen **1700 Delegierte, so wurde am 14. April 1951 der Hauptausschuß für Volksbefragung geschaffen, dem Repräsentanten aller Schichten der Bevölkerung angehören und dessen Beschlüsse die begeisterte Zustimmung aller Menschen fanden, die ihr Vaterland und den Frieden lieben.** In Frankfurt/Main machte sich eine Konferenz von über 1000 Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei im Namen der Mehrheit aller Sozialdemokraten Westdeutschlands die Forderung nach der Volksbefragung zu eigen. An der Europäischen Arbeiterkonferenz nahmen 400 Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aus westdeutschen Betrieben teil. Auf der Bauernkonferenz vom 22. April in Kassel erhoben 730 Bauern und Agrarwissenschaftler namens der ganzen Bauernschaft die Forderung:

Wir wollen unsere Äcker in Frieden bestellen.

Namhafte Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens erklärten sich auf dem Kulturkongreß in Aßmannshausen im Interesse der Erhaltung der deutschen Kultur für die Volksbefragung. In Rheinland-Pfalz wurden im Verlaufe von nur drei Tagen mehr als 61 000 Unterschriften gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages abgegeben. Damit ist eindeutig erwiesen, daß die Forderung nach der Volksbefragung die umfassendste und elementarste Bewegung der westdeutschen Bevölkerung seit Jahrhunderten darstellt.

Entgegen den Lebensinteressen unseres Volkes haben die ausländischen und inländischen Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten die Hetze gegen die Volksbefragung entfacht. Aus Furcht vor der Meinungsäußerung des Volkes hat die Regierung Adenauer das Grundgesetz gebrochen und ein Verbot der Volksbefragung erlassen. Wir erklären feierlich, daß ein solcher **Beschluß der Bundesregierung keinerlei Gültigkeit besitzt und uns nicht bindet.** Denn er basiert auf offenkundigem Rechtsbruch, auf der Vergewaltigung des elementarsten demokratischen Rechts der Bürger der Bundesrepublik, ihre Meinung frei zu äußern.

Die im Grundgesetz zugesicherte Freiheit der Persönlichkeit beginnt mit der Freiheit des Bürgers, selbst über Frieden oder Krieg zu entscheiden.

Die Begründung des Verbots mit Artikel 9 Abs. 2 **des Bonner Grundgesetzes** ist betrügerisch; denn die Volksbefragung verstößt weder gegen irgendein Strafgesetz noch gegen die verfassungsmäßige Ordnung. Die Begründung ist ein Hohn auf den Sinn des Artikels 9 Abs. 2, der die Tätigkeiten verbietet, die sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten". Darum haben weder Dr. Adenauer und Dr. Lehr das Recht, eine Volksbefragung zu verbieten, noch Dr. Schumacher und Wehner das Recht, das Verbot zu fordern.

Die Volksbefragung bedeutet nichts anderes als eine freie demokratische Willenskundgebung des deutschen Volkes.

Die Behauptung der Feinde des Friedens, die Volksbefragung sei eine kommunistisch gesteuerte Angelegenheit, wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß der ehemalige Bundesminister Dr. Heinemann als erster Minister es nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, weiter einer Bundesregierung anzugehören, die die Remilitarisierung vorbereitet, ohne das Volk darüber zu befragen. Wie könnte eine Bewegung kommunistisch sein, die nachgewiesenermaßen von mindestens 85 Prozent der Bevölkerung Westdeutschlands getragen wird?

Jeder rechtlich denkende Bürger muß mit Empörung vernehmen, daß Dr. Adenauer und Innenminister Dr. Lehr ohne Abstimmung des Bundestages den Verfassungsbruch durchführten und damit den Weg zur Diktatur beschritten.

Wir erklären im Bewußtsein der vollen Verantwortlichkeit für das Schicksal unseres Volkes und

3 - OCT 25
Copy 1955

Gestellungsbefehl?

X-00 261
.9
.Z9

Welcher friedliebende Mensch erinnert sich nicht mit Grauen und voller Abwehr an den Augenblick, der ihm den Gestellungsbefehl, den Befehl in den Tod zu gehen, brachte?

Dieser **Befehl der Unmenschlichkeit** traf alle!

Er raubte den Kindern den Vater!
Er riß den Mann aus den Armen seiner Frau!
Er raubte den Müttern die Söhne — den Eltern die Stütze ihres Alters!
Er raubte den Mädchen die Hoffnung auf Glück und Familie!
Er riß die Familien auseinander und führte die Menschen in Tod und Verderben!

Der Gestellungsbefehl ist die Visitenkarte des Todes! Wo sie die Brandstifter des Krieges abgeben, verwandelt sich die friedliche Wohnung in die Zelle eines zum Tode Verurteilten!

Wir erinnern uns nur zu genau, wie wir mit beklommenem Herzen unsere privaten Angelegenheiten ordneten für den Fall, daß ...
In den unsicheren Stimmen, mit denen wir uns gegenseitig Trost und Hoffnung geben wollten, bebte das Grauen vor dem Kommenden, und in den tränenverschleierten Augen der Frauen stand das bange Wissen um Einsamkeit und hoffnungsloses Warten bis zum bitteren Ende. —

Der Gestellungsbefehl war die Aufforderung zum grausigen Totentanz des Krieges!

Der Tod hielt an den Fronten und in der Heimat reiche Ernte.
Millionen unschuldiger Menschen wurden seine Opfer.

Unschuldig?

Nein, wir alle waren eigentlich **mitschuldig** am vergangenen Krieg. Man fragte uns zwar nicht, ob wir mitmachen wollten, aber wir lehnten uns auch nicht dagegen auf. Willenlos ließ sich das deutsche Volk bis **5 Minuten nach 12** auf die Schlachtbank führen. Die Überlebenden aber schworen:

Nie wieder wird das deutsche Volk die Waffen im Überfall gegen andere Völker erheben!

Die Bundesregierung in Bonn ist anderer Meinung. Adenauer und Schumacher beschreiten den gleichen Weg der Kriegsvorbereitung wie Hitler. Sie wollen als Vertreter der amerikanischen Rüstungsmilliardäre in Deutschland das hitlerische Kriegsabenteuer noch einmal wagen. **Sie treffen geheim und offen gegen den Willen des Volkes alle Vorbereitungen für einen neuen Krieg.**

Die zwölf Rekrutierungsbüros für den **„Grenzschutz"** sind die zukünftigen **zwölf Wehrkreiskommandos**, die an alle wehrfähigen Männer am Tage X auf Befehl Trumans den tödlichen Gestellungsbefehl versenden sollen.

Adenauer und Schumacher werden das deutsche Volk nicht fragen, ob es für amerikanische Welteroberungsgelüste sterben will. Sie wollen uns einfache, friedliebende Menschen durch ihre Lügen und ihre Hetze gegen das Weltfriedenslager für ihre verbrecherischen Pläne gefügig machen.

Sie verbieten dem deutschen Volk diktatorisch, seine Stimme zu der entscheidenden Frage über Leben oder Tod zu erheben.

Das deutsche Volk hat aber aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Weder ungesetzliche Verbote noch polizeiliche Verfolgungen vermögen es, das deutsche Volk, nach den einmal überstandenen Schrecken des wahnwitzigen zweiten Weltkrieges, vom Kampf um die Erhaltung des Friedens abzubringen.

#97

3 OCT 25
Copy 1955

te lesen und weitergeben!

Jetzt entscheidet gemeinsames Handeln!

Brief der Gemeinde Lebehn im Kreis Prenzlau an die Bauern von Hammelburg in Bayern, die von der Enteignung durch die Amis bedroht sind

Einwohner von Lebehn beim Unterschreiben dieses Briefes

Liebe Schwestern und Brüder im Westen unseres deutschen Vaterlandes!

Alle Einwohner des **Neubauerndorfes Lebehn** an der Oder-Neiße-Friedensgrenze senden euch die besten Friedensgrüße.

Wir haben nach unserer gemeinsamen Abstimmung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag erkannt, daß es jetzt unsere größte und schönste Aufgabe ist, euch in eurem schweren Kampf gegen die amerikanischen Landräuber soviel wie wir nur können zu unterstützen.

„Auf Bauernland gehören Pflüge und keine Panzer!" Diese Worte von unserem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, die er bei seinem Besuch in dem Dorf Grüntal ausrief, sind uns Bauern aus dem Herzen gesprochen. Danach wollen wir gemeinsam handeln!

Bei euch wollen die Mörder Zehntausender friedlicher koreanischer Bauern einüben, wie sie einmal die Kinder deutscher Mütter ermorden, unser Vieh in den Ställen erschlagen und unsere Höfe anstecken.

Das wird ihnen nicht gelingen! Darum stimmten wir am 3. Juni gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag.

Bauern von Hammelburg in Bayern!

An euch wenden wir uns ganz besonders! Mit großer Empörung hörten wir davon, daß eure schönen Höfe dem Erdboden gleichgemacht und alle Bauern von Hammelburg zu landlosen Bauern werden sollen.

Begeistert sind wir von eurem beharrlichen Kampf gegen diese verbrecherischen Absichten. Euer Dorf darf kein Kriegsübungsplatz der USA-Truppen werden. Es gibt keinen schöneren Augenblick als nach unserer Abstimmung am heutigen 3. Juni, um euch allen zu versprechen: Ihr steht nicht allein. Wir helfen euch. Hinter uns steht das mächtige Weltfriedenslager.

Wir haben beschlossen, mit euch in ständigen Friedensbriefwechsel zu treten und bildeten in unserem Dorf mehrere Korrespondenzzirkel.

Viele von uns übernahmen dazu beispielhafte freiwillige Verpflichtungen:

Bauer Zimmermann verpflichtete sich, zusätzlich jeden Monat einen Brief an einen Bekannten im Landkreis Hannover zu schreiben, um ihn in seinem Bemühen für den Frieden zu unterstützen.

Schüler von Hammelburg! Bald erhaltet ihr von uns Jungen Pionieren und Schülern aus Lebehn einen Friedensbrief. Darin werden wir euch erzählen, wie wir lernen und arbeiten. Schon heute fordern wir euch auf: Bittet eure Eltern, mit ganzer Kraft gegen die Remilitarisierung einzutreten und das Leben aller Kinder zu schützen!

Jugendliche von Hammelburg! Jugend in allen Teilen Westdeutschlands!

Laßt euch von den Bonner Händlern nicht als Söldner verkaufen! Zerreißt die amerikanischen Gestellungsbefehle! Gründet Festkomitees zur Vorbereitung der Weltfestspiele und kommt alle im August nach Berlin!

Landsportler von Hammelburg! Verteidigt euren Sportplatz. Helft bei der Volksbefragung. Laßt euch nicht gegen uns aufhetzen und über unser neues Leben belügen und betrügen. Kommt nach Berlin und kommt auch in unser Dorf, damit wir im friedlichen sportlichen Wettstreit einander Freunde werden!

Liebe Schwestern und Brüder! Noch können wir den Frieden retten!

Wehrt euch so entschlossen gegen die Remilitarisierung wie die Bauern des Knoblauchlandes im Norden von Nürnberg, die die Abmessungspfähle der Landenteigner öffentlich verbrannten und Aktionsgemeinschaften bildeten.

Bekennt euch so unmißverständlich gegen die Agrarpolitik des Kriegskanzlers Adenauer wie die 7000 Bauern, die unter schwarzer Fahne und Bundschuh in Landau den Totengräbern der westdeutschen Landwirtschaft den Kampf ansagten.

Beteiligt euch alle an der Volksbefragung, die in vielen westdeutschen Dörfern in diesen Tagen durchgeführt wird.

Nicht nur durch einen verstärkten Friedensbriefwechsel wollen wir euch unterstützen.

Um euch in eurem schweren Kampf zu helfen, ziehen wir Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Beispiel der Arbeiter auf Friedenswacht. Wir gehen freiwillige Produktionsverpflichtungen ein. Auch wir Bauern von Lebehn können viel tun, um die neue Initiative — so nennen die Bauern unserer Republik die große Bewegung der Selbstverpflichtungen — in unserem Dorf zu entfalten. In den nächsten Tagen werden wir auf einer Bauernversammlung beraten, wie wir uns dem Aufruf der Bauern von Groß-Ödnig zur Erreichung einer Durchschnittsmilchleistung von jährlich 3000 Litern für jede Kuh anschließen können. Wir fordern alle Bauern in unserer Republik bei dieser Gelegenheit auf, ähnliche Versammlungen durchzuführen.

Diese Beispiele zeigen euch, daß wir alles daransetzen, um zur Rettung des Friedens beizutragen.

Es lebe unser gemeinsamer Kampf gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag noch in diesem Jahr! ● Es lebe der Frieden, den wir alle brauchen und für den wir uns alle fortan noch mehr einsetzen wollen! An der Oder-Neiße-Friedensgrenze, den 3. bis 5. Juni 1951

3-OCT 25
Copy 1955

Frauen und Mütter!

Eure tatkräftige Unterstützung

der III. Weltfestspiele

der Jugend und Studenten

ist ein Beitrag

zur Sicherung des Friedens!

DFD

X-DD 261
.Z4
.Z9

(32) 100122/51 A. F. J. 100. 6. 51

#98

X-DD 261
.4
.Z9 #79

Den Lügenfritzen eins aufs Maul

Ein Wort zur Volksbefragung über jene, die schwatzen: „Hier hat Moskau seine Hand im Spiel"

Diktaturkanzler Adenauer und Kriegstrompeter Schumacher überschlagen sich fast vor Angst. Sie merken, daß ihr Verbot der Volksbefragung ein Schlag ins Wasser ist. Deshalb drehen sie wieder einmal die antisowjetische Walze Goebbels, ihres Lehrmeisters in Lüge und Demagogie. Die Bonner Lügenfritzen erklären, die Volksbefragung sei eine von Moskau ferngesteuerte Angelegenheit, ja eine direkte Intervention der Sowjetunion. Sie versuchen auf diese Weise, jeden, der sich an der Volksbefragung beteiligt, als „Agenten Moskaus" hinzustellen und hoffen dadurch, viele von der Teilnahme an der Abstimmung abzuhalten. Nun hat aber zum Leidwesen der Bonner Volksfeinde J. W. Stalin die friedliebenden Menschen der ganzen Welt aufwachen gemacht, daß der Krieg unvermeidlich werden kann, wenn es den Kriegsbrandstiftern gelingt, die Volksmassen durch Lügen zu umgarnen. Deshalb erkennen die Friedensfreunde im Osten und Westen Deutschlands als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, bei der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung den Lügenfritzen eins auf das Maul zu geben, ihr „Argument" von der Fernsteuerung und der Intervention der Sowjetunion zu zerschlagen. Und das ist gar nicht so schwer.

Vor Tisch las man's anders . . .

Wir erinnern vor allem die sozialdemokratischen Friedensfreunde im Westen daran, daß es nicht Moskau und kein „Russe" war, der die Volksbefragung forderte, sondern der ehemalige Bundesminister Dr. Heinemann, der es ablehnte, weiter einer Regierung anzugehören, die die Remilitarisierung durchführt, ohne das Volk darüber zu befragen. Aber schon lange vor ihm und der großen Essener Konferenz sprachen gerade die SPD-Führer von der Volksbefragung. Nach einem Bericht des „Berliner Stadtblatt" vom 19. August 1950 erklärte der führende SPD-Funktionär Carlo Schmidt auf der „Europa"-Sitzung in Straßburg: „Die Sozialdemokraten Deutschlands verweigern ihre Zustimmung zu jedem Projekt einer deutschen Wiederaufrüstung. Der Grund für unsere Haltung ist, daß wir überzeugt sind, daß weder eine deutschen Wiederaufrüstung dem Frieden den schlechtesten Dienst leisten würden." Nach einer Mitteilung der „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 4. Oktober 1950 erklärte der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, einem Vertreter der Deutschen Presseagentur, es sei notwendig, „dem Volke Gelegenheit zu geben, zu der Frage der Remilitarisierung selbst Stellung zu nehmen". Dabei führte er noch an, „daß maßgebende sozialdemokratische Persönlichkeiten auch die Möglichkeit einer Volksbefragung zur Remilitarisierung diskutieren". Und Schumacher selbst erklärte am 24. Oktober („Frankfurter Neue Presse" vom 25. Oktober 1950): „Verfassungsmäßig könne über jeden Karabiner in Deutschland nur durch das Volk selbst entschieden werden." In einer seiner Wahlreden erklärte er wörtlich: „Wird die Remilitarisierung dem Volke die Chance geben, über seinen letzten Lebensinhalt selbst zu entscheiden?"

Wie man sieht, mimten die SPD-Führer vor wenigen Monaten noch Remilitarisierungsgegner, die sogar die Volksbefragung diskutierten und forderten. Es geschah dies allerdings gelegentlich verschiedener Wahlkampagnen in Westdeutschland. Heute sagen dieselben Leute das gerade Gegenteil und behaupten, die Volksbefragung sei eine von Moskau inspirierte Sache. Damit entlarven sie ihre damaligen Erklärungen aber nur als Wahldemagogie und sich selbst als Lügenfritzen und Volksverräter.

Wer und was ferngesteuert wird

Damit aber ist die hundertprozentige Wendung der Schumachergefolgschaft noch nicht erklärt. Sie ist nur zu verstehen, wenn man das Folgende in Betracht zieht: Damals war der amerikanische Krieg gegen das koreanische Volk noch im Anfangsstadium. Inzwischen haben die USA-Kriegsverbrecher furchtbare Niederlagen einstecken müssen. Ihnen wie der ganzen Welt ist heute klar, daß das von chinesischen Freiwilligen unterstützte koreanische Volk aus dem Kriege als Sieger hervorgeht. Noch ehe es so weit ist, möchten die Trumaner den Krieg auch in Europa beginnen. Deshalb gingen sie von ihrer Taktik der „geheimen" Durchführung ab und zur offenen Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands über. In dieser Situation können sie den Schumacher, Ollenhauer und Wehner keine „Opposition" erlauben. Sie beriefen deshalb nicht nur Adenauer nach Washington, um ihm die beschleunigte Remilitarisierung zu befehlen. Sie ließen auch Schumacher, Ollenhauer, Wehner und Reuter kommen. Und siehe, nach diesen Reisen ist jede „Opposition" gegen die Remilitarisierung vorbei. Wehner mußte es sogar übernehmen, das Verbot der Volksbefragung zu verlangen.

Wer und was hier ferngesteuert wird, ist also klar: nicht die Volksbefragung von Moskau, sondern von den Wallstreetmagnaten und dem Pentagon (Kriegsministerium der USA) **wird die Remilitarisierung in Westdeutschland betrieben und gelenkt.** Von dort wird die Politik der Adenauer und Schumacher gesteuert. Diese „Fernsteuerung" ist dabei gar nicht so schwierig, denn erstens sind die Herren selbst Feuer und Flamme für die amerikanische Kriegspolitik gegen die friedliebenden Völker, und zweitens brauchen sie nicht immer erst auf Rechnung der Rockefeller und Morgan nach den USA fahren oder fliegen. Die Statthalter Washingtons und des Pentagon, McCloy und Eisenhower, rufen sie einfach zum gelegentlichen Befehlsempfang auf den Petersberg, nach Godesberg und sonst wohin ganz in der Nähe.

Mancher sah noch keinen „Russen" von Angesicht zu Angesicht

Nun frage jeder sozialdemokratische Friedensfreund jene Angehörigen der SPD, der christliche Friedensfreund jene Mitglieder der CDU usw., die auf der Essener Konferenz waren oder Mitglieder des Hauptausschusses für die Volksbefragung sind, ob sie jemals in der Sowjetunion waren. Mancher vielleicht als Kriegsgefangener. Keiner von diesen Mitgliedern der SPD, der CDU oder anderer Parteien ist aber vorher nach Moskau gefahren, um dann nach seiner Rückkehr erst gegen die Remilitarisierungspolitik der Adenauer und Schumacher Stellung zu nehmen. — Millionen Gegner der Remilitarisierung in Westdeutschland, Arbeiter, Bauern, Handwerker, Wissenschaftler, Künstler, Unternehmer, haben einen „Russen" noch nicht einmal von Angesicht zu Angesicht gesehen. Viele dieser Gegner der Remilitarisierung haben von der Sowjetunion noch falsche Vorstellungen, und manche von ihnen mag diesbezüglich sogar noch unter dem Eindruck der von Adenauer und Schumacher durchgeführten Hetzpropaganda stehen. Ihr Denken und Handeln wird also nicht von Moskau ferngesteuert. **Sie wollen die Erhaltung des Friedens und sind deshalb gegen die Remilitarisierung. Ihnen geht es einfach um das Schicksal unseres Volkes und Vaterlandes, um das Leben von Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder. Sie sind einfach deutsche Patrioten, und deshalb sind sie für die Volksbefragung und führen diese auch durch.**

Wer diese ehrlichen Deutschen als ferngesteuerte „Agenten Moskaus" bezeichnet, nur weil auch die Sowjetunion für den Frieden und deshalb gegen die Remilitarisierung Deutschlands ist, will damit nur verdecken, daß er selbst für den Krieg und deshalb für die Remilitarisierung, ein Agent der amerikanischen Kriegsbrandstifter und Geschäftsführer der deutschen von McCloy wieder eingesetzten Kanonenkönige und Kriegsgewinnler Krupp und Konsorten ist.

Es zeugt nicht gerade von großer Erfindergabe, wenn die amerikanischen Kriegsbrandstifter und ihre englischen, französischen und deutschen Agenten nichts Besseres wissen, als immer wieder die alte abgeleierte Platte zu spielen: „Rußland bedroht die Welt" — „Wir müssen die westliche Kultur vor dem Bolschewismus retten." — Wie oft haben es die Greubels-Sender in die Welt geschrien und wie viele haben es zu ihrem späteren Leidwesen damals geglaubt. Aber heute ist die Lage doch etwas

X=DD 261
.4
.Z9
11100

Der Appell des Weltfriedensrates

Der Weltfriedensrat beschloß auf seiner Tagung vom 21. bis 26. Februar 1951 in Berlin folgenden Appell:

„Um dem Streben von Millionen Menschen in der ganzen Welt zu entsprechen, gleichgültig, welche Auffassung sie über die Ursachen haben, von denen die Gefahr eines Weltkrieges hervorgerufen wird, um der Festigung des Friedens und der Gewährleistung der internationalen Sicherheit willen, fordern wir den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten: den Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion, der Chinesischen Volksrepublik, Großbritannien und Frankreich.

Sollte eine der fünf Großmächte sich weigern, zwecks Abschlusses eines Friedenspaktes mit den anderen Mächten zusammenzukommen, so würden wir das als Beweis für die aggressiven Absichten der betreffenden Regierung ansehen.

Wir rufen alle friedliebenden Nationen auf, die Forderung nach Abschluß eines Friedenspaktes, der allen Staaten offensteht, zu unterstützen.

Wir setzen unsere Unterschriften unter diesen Appell und fordern alle Menschen guten Willens und alle nach Festigung des Friedens strebenden Organisationen auf, ihn zu unterschreiben."

Diesen Appell unterzeichneten:

Prof. Frédéric Juliot-Curie, Präsident des Weltfriedensrates;

die Vizepräsidenten:
Pietro Nenni (Italien)
Gabriel d'Arboussier, (Afrika)
Ilja Ehrenburg (UdSSR)
Yves Farge (Frankreich)
Alex Fadejew (UdSSR)
Prof. Leop. Infeld (Polen)
Prof. Kuo Mo Jo (China)

sowie die Mitglieder:
Abbé Jean Boulier
Jean Lafitte
Madame Cassin
Robert Chambeiron
Pierre Cot
Justin Godart
Madame Francoise Leclerc
J. M. May
Armand Mitterand
Fernand Vigne
Guy de Boisson
Laurent Casanova
Marcel Allemann
Gilbert de Chambrun
Claude Morgan
Palamende Borsari
Gerarde Destanes de Bernis
Simone Bertrand
Jaques Denis (Frankreich)
Professor Bernal
Ivor Montagu
Hewlett Johnson (England)
Pfarrer Darr
Halstett
Holman (USA)
P. W. Guljajew (UdSSR)
Emi Hsiao (China)
Madame Isabelle Blume
Max Cosyns (Belgien)
Irene Falcon
Vincente Oribe (Spanien)
Martin u. Johanna Andersen Nexö
Ellin Appel (Dänemark)
Joris Ivens (Holland)
Jan Mukarowsky (CSR)
Eva Palmer (Schweden)
Giorgio Fenoaltea (Italien)
Madame Melpo Axoti (Griechenland)
Madame Ruth Lubitsch (Israel)
Desmond Buckle, (Südafrika)
Abder Hamann Bouchama (Algerien)
Saad-Kamel (Aegypten)
Jorge Amado (Brasilien)
Pfarrer James Endicott (Kanada)
Pieter Keunemann (Ceylon)
Jessie Street (Australien)
Professor Dobretsberger (Oesterreich)
Prof. Dr. Walter Friedrich
Johannes R. Becher
Prof. Dr. Hans Ertel
Pfarrer Johannes Herz
Pfarrer Erwin Eckert
Frau Edith Hoereth-Menge
Frau Anna Seghers
Frau Helene Weigel-Brecht
Bertolt Brecht
Ursula Zweig
Heinrich Fink
Helmuth v. Mücke (Deutschland)

E/73-500-351 (49672) 1485

Herausgeber: Landesfriedenskomitee

Bmd AO